

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2024 03

GOVERNANCE

Vorschläge für eine
Reformierung der
Entwicklungsfinanzierung

FRAUENRECHTE

Sexualisierte Gewalt
gegen Frauen erkennen
und bekämpfen

WESTAFRIKA

Folgen der Austritte von
Mali, Burkina Faso und
Niger aus der ECOWAS



Klima schützen

Editorial

- 3 **JÖRG DÖBEREINER**
Beim Klimaschutz zählt jedes Zehntelgrad

Magazin

- 4 **EPAH MFORTAW NYUKECHEN**
Eine Plattform in Kamerun zeigt, wie Frauen in Friedensprozesse eingebunden werden können
- 6 **KATHRIN BERENSMANN, YABIBAL M. WALLE, CHRISTOPH SOMMER UND SABINE LAUDAGE TELES**
Entwicklungsfinanzierung braucht angesichts großer internationaler Probleme neue Lösungen
- 9 **HANS DEMBOWSKI**
Das Beispiel Kamala Harris zeigt, wie wenig sinnvoll das Kürzel „BIPoC“ in internationalen Zusammenhängen ist
- 11 **MARCEL G. SEYPPEL**
Kunst hilft, indigene Identität sichtbar zu machen
- 13 **MIREILLE KANYANGE / IMPRESSUM**
Heutzutage: Kostenloses Schulessen in Burundi

Debatte

- 14 **SARA FREMBERG**
Gewalt gegen Frauen eskaliert im Krieg – sie muss daher bereits in Friedenszeiten verhindert werden
- 15 **KARIM OKANLA**
Burkina Faso, Mali und Niger verkünden ECOWAS-Austritt und destabilisieren die Region damit weiter

- 16 **ARMIN PAASCH**
Ein Scheitern des EU-Lieferkettengesetzes wäre ein Rückschlag für nachhaltige Entwicklung weltweit

Schwerpunkt: Klima schützen

- 18 **INTERVIEW MIT MOJIB LATIF**
Weshalb die EU in der Klimakrise mit gutem Beispiel vorangehen sollte
- 20 **SYED MUHAMMAD ABUBAKAR**
Gletscherschmelze in der Hindukusch-Himalaya-Region führt zur Gefährdung von 1,8 Milliarden Menschen in Asien
- 22 **ALBA NAKUWA**
Extremwetter wie Überschwemmungen nach Dürreperioden treffen Benachteiligte am härtesten
- 23 **KIZITO MAKOYE**
Frauen in Sansibar bauen Schwämme an, die eine wichtige Rolle in Meeresökosystemen spielen
- 25 **WANJOHI KABUKURU**
Afrika setzt auf Emissionshandel – aber Zweifel bezüglich Transparenz, Effektivität und ethischer Vertretbarkeit bestehen
- 28 **JONAS BAUHOF**
Solarstrom gegen Stromausfälle in Ghanas Krankenhäusern
- 30 **GEORG SCHÄFER**
Zu oft ist unklar, was genau eine sozial gerechte ökologische Wende ausmacht
- 32 **ROLI MAHAJAN**
Klimaklagen häufen sich und bringen erste Erfolge

SCHWERPUNKT

Klima schützen

Von Februar 2023 bis Januar 2024 blieben die Temperaturen im weltweiten Durchschnitt 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau. Möglicherweise ist diese im Pariser Klimaabkommen definierte Schwelle bereits endgültig überschritten. Fest steht, dass extreme Wetterlagen an immer mehr Orten heftige Schäden verursachen. Es gibt Möglichkeiten, das Klima zu schützen, und sie erfordern internationale Zusammenarbeit. Es muss schnell und entschlossen gehandelt werden.

Titelseite: Solartechnik-Studentin in Nairobi.
Foto: picture-alliance/photothek/Thomas Imo





Unser Schwerpunkt zum Thema Klima schützen beginnt auf Seite 17. Er hat direkten Bezug zum 13. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Maßnahmen zum Klimaschutz. Er betrifft auch weitere SDGs.

Auf der Kippe

Seit Juni 2023 war jeder einzelne Monat global der wärmste seiner Art seit Beginn der Aufzeichnungen – teils mit deutlichem Abstand. Zugleich treiben steigende Emissionen den CO₂-Gehalt der Atmosphäre weiter in die Höhe. Auch eine Grenze mit hoher Symbolkraft ist gefallen: Zwölf Monate lang, von Februar 2023 bis Januar 2024, lag die globale Durchschnittstemperatur mehr als 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau.

Das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens ist damit zwar noch nicht gerissen – denn die Klimawissenschaft denkt nicht in Jahren, sondern in Jahrzehnten. Geht es aber weiter wie bisher, wird das Ziel langfristig verfehlt.

Diese Aussicht kann demotivieren. Das ist die Gefahr ambitionierter Klimaziele, so richtig sie inhaltlich sind: Werden sie gerissen, kann die Klimabewegung an Antrieb verlieren. Nötig ist aber mehr Klimaschutz, um die Erhitzung so gering wie möglich zu halten und die größten Katastrophen zu verhindern. Jedes Zehntelgrad

„Unser Planet ist zu komplex, um Kippunkte und mögliche Auswirkungen präzise vorherzusagen. Gerade weil wir nicht genug über diese Risiken wissen, müssen wir sie dringend mindern.“

zählt. 1,6 Grad sind besser als 1,7 Grad – und 1,7 besser als 1,8.

Schon jetzt prägen Extremwetterereignisse die Existenz vieler Menschen. Mindestens 12 000 kamen im vergangenen Jahr durch klimarelevante Fluten, Stürme, Flächenbrände oder Erdbeben ums Leben, wie die zivilgesellschaftliche Organisation Save the Children berichtet. Mehr als die Hälfte der Toten lebte in Ländern mit niedrigerem oder niedrigem mittlerem Einkommen.

Ohne konsequenteren Klimaschutz wird es noch schlimmer kommen. Je stärker

sich die Erde erhitzt, desto wahrscheinlicher werden Punkte überschritten, an denen bestimmte Systeme kippen, sich also für lange Zeit unumkehrbar verändern. Schon beim aktuellen Grad der Erwärmung ist das laut Global Tipping Points Report möglich, etwa für die Eisschilde Grönlands und der westlichen Antarktis, Warmwasser-Korallenriffe und Permafrostregionen. Die Folgen wären desaströs. Sollte die bereits verlangsamte atlantische Umwälzbewegung (AMOC) enden, würde es voraussichtlich in Europa deutlich kühler, in Teilen der Südhalbkugel dagegen erheblich wärmer.

Unser Planet ist zu komplex, um Kippunkte und mögliche Auswirkungen präzise vorherzusagen. Gerade weil wir nicht genug über diese Risiken wissen, müssen wir sie dringend mindern. Deutlich weniger Treibhausgase auszustoßen ist essenziell. Die Politik muss international Rahmenbedingungen für die Transformation zur klimaneutralen Wirtschaft schaffen. Sie muss den Wandel gerecht gestalten und Zumutungen verständlich erklären.

Absurd ist es dagegen, fossile Brennstoffe weiter zu subventionieren, wie es derzeit in Deutschland und Frankreich in der Debatte um den Agrardiesel gefordert wird. Das fördert nicht nur den Ausstoß klimaschädlicher Gase, sondern sendet auch das fatale Signal, es könne weitergehen wie bisher.

Mehr Kooperation und weniger Polarisierung sind nötig, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Kriege wie jene in der Ukraine und in Gaza sind dagegen nicht nur aus humanitärer, politischer und wirtschaftlicher Sicht fatal. Sie binden auch Aufmerksamkeit und Ressourcen, die der Klimaschutz dringend gebrauchen könnte.

Hoffnung macht, dass sich viele Menschen weltweit gegen die Krise stemmen. Die Zahl der Solaranlagen und Windräder steigt, und Gerichte zwingen immer wieder Staaten und Unternehmen, klimafreundlicher zu agieren. Die Motivation, den Planeten lebenswert zu halten, darf nicht nachlassen – selbst wenn das 1,5-Grad-Ziel tatsächlich fällt.



JÖRG DÖBEREINER
ist Redakteur bei E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu



Verleihung des Deutschen Afrika-Preises.

FRIEDENSFÖRDERUNG

Frauen einbeziehen

Kamerun wurde in den vergangenen Jahren von gewaltsamen Konflikten erschüttert. Besonders Frauen waren betroffen. Eine Plattform von Frauenorganisationen setzt sich für einen Friedensprozess ein, der die Bedürfnisse von Frauen besonders berücksichtigt.

Von Epah Mfortaw Nyukechen

Seit 2014 ist die politische Lage in Kamerun instabil. Im Norden werden die Menschen von der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram bedroht. In den englischsprachigen Regionen im Nordwesten und Südwesten Kameruns begannen bewaffnete Separatist*innengruppen 2016 einen Unabhängigkeitskrieg. Und der Osten des Landes beherbergt Tausende von Geflüchteten aus der Zentralafrikanischen Republik, was eine Herausforderung für die Sicherheit Kameruns darstellt. Außerdem gibt es Konflikte zwischen indigenen Gruppen um den Zugang zu Land.

Die Zivilbevölkerung hat unsägliche Gewalt erlebt. Zu den Gräueln gehören außergerichtliche Tötungen, Enthauptungen und Vergewaltigungen. Sie unterscheiden

sich in Umfang, Intensität und Vorgehen, haben aber eines gemeinsam: Frauen leiden am meisten. Sie werden häufig sexuell und als Kriegswaffe missbraucht.

Die Folgen dieser Schikanen: Viele Frauen leiden unter emotionalen Traumata, isolieren sich oder werden ausgegrenzt. Viele mussten geliebte Menschen begraben. „Bei unseren Söhnen haben wir die Wunden versorgt. Unsere vergewaltigten und misshandelten Töchter haben wir beweint, getröstet und davor bewahrt, als menschliche Bomben benutzt zu werden“, schrieben die Opfer in einem „Friedensappell“ und fügten hinzu: „Wir haben uns in Büschen versteckt, unter Kälte gelitten und tagelang gehungert, um vor den Waffen und Tötungen zu fliehen. Uns wurde alles genommen – selbst unsere Würde.“

Obwohl Frauen unverhältnismäßig stark unter Konflikten leiden, sind sie noch immer weitgehend von offiziellen Friedensbemühungen ausgeschlossen. Im Januar 2021 wurde deshalb kurz nach der Veröffentlichung des Friedensappells die „National Women's Convention for Peace in Cameroon“ gegründet. Die Plattform vereinigt rund 80 Frauenorganisationen aus allen

zehn Regionen Kameruns. Sie arbeitet mit Binnenflüchtlingen, fördert die Bildung von Kindern in Konfliktgebieten und engagiert sich für die Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie hilft auch traumatisierten Opfern und Angehörigen, nimmt Geflüchtete auf und vermittelt zwischen bewaffneten Gruppen und dem Militär.

Die Aktivistinnen sind überzeugt: Dauerhafter Frieden ist nur möglich, wenn alle Geschlechterperspektiven einbezogen werden. Sie repräsentieren alle Frauen Kameruns, darunter Friedensaktivistinnen, Vertriebene, Gewaltopfer und -überlebende, Akademikerinnen und Frauen unterschiedlicher sozialer Herkunft. Ihr Slogan: „Wir bilden eine Allianz des guten Willens, die stärker, lauter und zahlreicher ist als diejenigen, die von Krieg und Konflikten profitieren.“

Seit drei Jahren setzt die Vereinigung sich für friedliche Konfliktlösungen und dauerhaften Frieden ein und hat drei noch nie da gewesene Veranstaltungen organisiert:

- Im Jahr 2021 trafen sich 1800 Frauen aus allen 58 Divisionen Kameruns in Yaoundé, um einen gemeinsamen Friedensappell zu starten;
- Die parlamentarische Begegnung des Konvents 2021 im Plenarsaal der Nationalversammlung;
- Aufnahme der Friedensverhandlungen 2022, an denen alle offiziellen Akteure teilnahmen.

Zu den Dokumenten, die aus diesen Veranstaltungen hervorgegangen sind, gehören:

- der ethische Friedenspakt,
- die Grundsätze für Friedensverhandlungen,
- der Friedensvertrag von Kamerun.

Sie alle sind auf der Website der Frauenfriedensplattform abrufbar. Die Forderungen an die politischen Entscheidungsträger lauten:

- Feindseligkeiten sofort und dauerhaft beenden und damit der Kampagne der Afrikanischen Union „Silence the Guns“ für ein konfliktfreies Afrika folgen, Völkermord verhindern, Frieden für alle verwirklichen und Afrika von Kriegen, gewaltsamen Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und humanitären Katastrophen befreien;
- einen kontinuierlichen und inklusiven Dialog führen, der Frieden, Solidarität und Menschlichkeit in Kamerun fördert;

- Frauen dauerhaft und gleichberechtigt an Friedensverhandlungen auf allen Ebenen beteiligen und gleichzeitig ihren Schutz jederzeit durchsetzen;

- zusätzliche Zentren für psychosoziale Unterstützung und Traumabehandlung bauen sowie bestehende Zentren ausbauen.

Die Frauenfriedensplattform ist die größte und einflussreichste Initiative aktiver Friedensstifterinnen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene in Kamerun und wird national und international beachtet. UN-Generalsekretär António Guterres sprach in seinem Bericht an den Sicherheitsrat am 21. November 2021 über die Plattform. Sie ist außerdem Trägerin des Deutschen Afrika-Preises 2023, der im November 2023 in Berlin verliehen wurde. Der Preis wird an herausragende Persönlichkeiten und Organisationen des afrikanischen Kontinents verliehen, die sich in besonderem Maße für Demokratie, Frieden und Menschenrechte einsetzen.

Darüber hinaus wurde die Publikation „Piece by Piece – Building Peace in

Cameroon through Women’s Action“ am 15. Februar 2023 in einer Zeremonie unter dem Vorsitz der Ministerin für Frauen- und Familienförderung in Kamerun vorgestellt. Zahlreiche Vertreter*innen nationaler Institutionen, des diplomatischen Korps, politischer Parteien und der Zivilgesellschaft nahmen teil.

Die Frauenfriedensplattform wird von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) unterstützt. Das Kamerun-Büro der Stiftung dient als Sekretariat der Vereinigung. Dies wird von verschiedenen deutschen Institutionen wie dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

Gleichzeitig bleibt die Plattform eine Initiative von Frauen aus der kamerunischen Zivilgesellschaft. Daher wird sie auch von Mitgliedern unterstützt, die ehrenamtliche Dienste und Fachwissen in verschiedenen Bereichen anbieten.

Die Vereinigung will kamerunischen Frauen bei Friedensprozessen eine führen-

de Rolle zukommen lassen. Sie unterstützt alle Friedensbemühungen, die von der Regierung und ihren Partnern in Kamerun und im Ausland unternommen werden, einschließlich der Zivilgesellschaft. Sie ruft alle Parteien der Konflikte auf, die Gewalt umgehend zu beenden.

LINKS

National Women’s Convention for Peace:

<https://camerounpeaceconvention.org/>

Appell der Frauen für den Frieden in Kamerun:

<https://icanpeacework.org/wp-content/uploads/2021/08/Womens-Call-for-Peace-English.pdf>



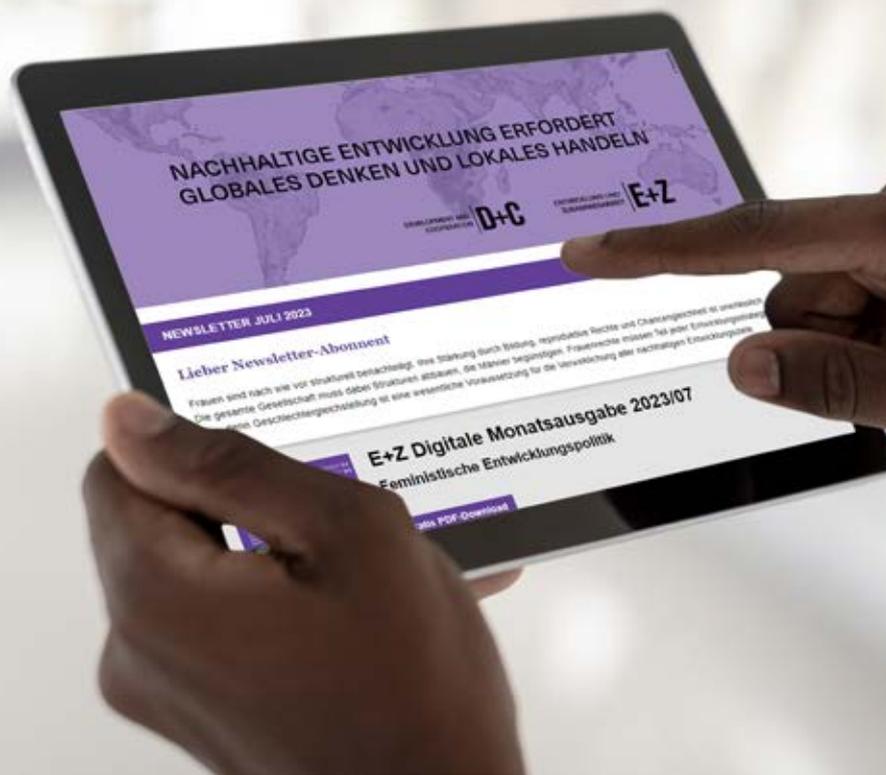
**EPAH MFORTAW
NYUKECHEN**

ist Programmassistent bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und schrieb den Artikel im

Namen der National Women’s Convention for Peace in Cameroon.

epah.nyukechen@fes-kamerun.org

Blieben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden. Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf www.dandc.eu.



GLOBAL GOVERNANCE

Wie die Entwicklungsfinanzierung reformiert werden kann

Da sich die makroökonomischen Bedingungen verändert haben, muss die Finanzierung von Entwicklungsvorhaben dringend reformiert werden. Mehrere Initiativen aus Politik und internationalen Finanzinstitutionen streben nach Lösungen. Dazu gehören unter anderem Schuldenumstrukturierung und -erlass sowie die Reform der multilateralen Entwicklungsbanken und eine stärkere Mobilisierung von inländischen Ressourcen.

Von Kathrin Berensmann, Yabibal M. Walle, Christoph Sommer und Sabine Laudage Teles

Die internationale Gemeinschaft wird ihre Agenda 2030 nicht erreichen. Sie ist weit vom Ziel entfernt, die Armut bis 2030 zu beenden und die Sustainable Development Goals (SDGs) umzusetzen. Die Covid-19-Pandemie, geopolitische Spannungen und gewaltsame Konflikte sowie die Klima- und die Verschuldungskrisen haben die Fortschritte bei der Verwirklichung der SDGs verlangsamt und manchmal sogar rückgängig gemacht und die bereits großen Finanzierungslücken erheblich vergrößert. Diese Krisen heizten die Inflation an, weshalb die Zentralbanken die Leitzinsen erheblich erhöhten. Dies erschwert Entwicklungsländern den Zugang zu den internationalen Finanzmärkten und treibt ihre Verschuldung weiter in die Höhe (Berensmann et al. 2023).

Laut Schätzungen der Weltbank werden die Gesamtausgaben für Entwicklungsländer zur Bewältigung von Klimawandel, Pandemien und Konflikten im Zeitraum von 2023 bis 2030 bei rund 2,4 Billionen US-Dollar jährlich liegen (WB/IWF 2023). Um diese Summe stemmen zu können, muss das System der Entwicklungsfinanzierung reformiert und an das veränderte makroökonomische Umfeld angepasst werden (Berensmann et al. 2023).

Vor diesem Hintergrund gab es im vergangenen Jahr eine Reihe von Konfe-

renzen und Initiativen, die nach innovativen Lösungen suchten. Dazu gehören die Bridgetown-Initiative der Premierministerin von Barbados Mia Mottley, der vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron initiierte Summit for a New Global Financial Pact, die Tagungen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) im Frühjahr und Herbst, das Financing for Development Forum, die G7-/G20-Treffen, der afrikanische Klimagipfel und die UN-Klimakonferenz in Dubai. Diese Foren haben einige wichtige Themen identifiziert, die sie angehen möchten.

Alle Initiativen sehen die Notwendigkeit für eine Umstrukturierung der Schulden und gegebenenfalls einen Erlass für hochverschuldete Länder. Laut Schätzungen von Weltbank und IWF sind derzeit mehr als die Hälfte der Niedrigeinkommensländer hoch verschuldet. Um die Schuldenkrise anzugehen, haben die G20 den gemeinsamen Rahmen für die Behandlung von Schulden (Common Framework for Debt Treatment –

CF) bereits Ende 2020 ins Leben gerufen. Es ist der einzige multilaterale Mechanismus für Schuldenerlass und -umstrukturierung. Bisher haben aber nur vier Länder dieses Instrument in Anspruch genommen – Äthiopien, Sambia, Ghana und Tschad. Der Common Framework sollte reformiert werden, damit er schneller umgesetzt werden kann. Dazu müssen alle öffentlichen und privaten Gläubiger einbezogen und die Schuldenverträge transparent gemacht werden.

Außerdem sind wir der Meinung, dass der Common Framework nicht nur für Länder mit niedrigen Einkommen, sondern auch für Länder mit mittleren Einkommen zur Verfügung stehen sollte. Darüber hinaus sollten Schulden- und Klimarisiken nicht getrennt betrachtet, sondern gleichzeitig angegangen werden. IWF und Weltbank sollten dafür Klimarisiken besser in ihre Schuldenfähigkeitsanalysen integrieren und Investitionen in die Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen. Mittelfristig sollte ein Ansatz gefunden werden, der Schuldenumstrukturierung und -erlass mit der Bewerkstelligung der Klimakrise verknüpft (Berensmann 2023).

ERHÖHUNG DER ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGS- UND KLIMAFINANZIERUNG

Gleichermaßen waren sich die meisten Initiativen einig, dass die öffentliche Entwicklungs- und Klimafinanzierung erhöht



Die Premierministerin von Barbados, Mia Mottley, sprach auf der COP27 in Scharm el-Scheich über ihre Bridgetown-Initiative zur Reform der Entwicklungsfinanzierung.



Sambia ist eines der wenigen Länder, das den Schuldenerlass über den Common Framework for Debt Treatment der G20 in Anspruch genommen hat: Markt in Ndola.

werden sollte. Aus unserer Sicht ist dabei zentral, dass die Geber das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe bereitzustellen, bis 2030 vollständig erreichen und als Zwischenziel die Lücke zu den 0,7 Prozent bis 2026 zumindest halbieren. Zudem sollte mehr öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) in die ärmsten Länder fließen. Geber sollten ihre ODA zusätzlich zur Klimafinanzierung – und nicht als Ersatz dafür – bereitstellen. Dafür sollten die Geber Klima- und Entwicklungsfinanzierung nach Möglichkeit getrennt ausweisen.

REFORM DER MULTILATERALEN ENTWICKLUNGSBANKEN

Im Dezember 2022 hatten sich die Anteilseigner der Weltbank auf einen Reformprozess geeinigt, der zu mehr Investitionen in den Klimaschutz und weitere globale Entwicklungsziele führen soll. Wichtige Akteure wie die USA und Deutschland unterstützten dies nachdrücklich. Auf den Gipfeltreffen 2023 in Marrakesch hat diese Reform bemerkenswerte Meilensteine erreicht.

Zum einen hat die Bank ihr Mandat über die Armutsbekämpfung und den gemeinsamen Wohlstand hinaus erweitert, indem sie die Sicherung eines „lebenswerten

Planeten“ als erforderliches Ziel einbezog (WB/IWF 2023). Zum anderen verkündete Weltbankpräsident Ajay Banga in Marrakesch die Sicherung einer zusätzlichen Darlehenskapazität von bis zu 157 Milliarden über ein Jahrzehnt. Dies wurde durch verschiedene Maßnahmen erreicht, darunter die Optimierung der Bilanz sowie die Zuführung von Hybridkapital und Portfolio Garantien.

Während die Diskussionen weitergehen, müssen auf den kommenden Gipfeltreffen jedoch mehrere offene Fragen geklärt werden:

- Erstens werden andere multilaterale Entwicklungsbanken (MDBs) aufgefordert, ihre eigenen Reformprozesse einzuleiten oder zu beschleunigen und ihre Mandate zu erweitern, um globale öffentliche Güter zu fördern. Sie sollten jedoch sicherstellen, dass die knappen zinsvergünstigten (konzessionären) Mittel nicht von den zentralen Entwicklungszielen abgezogen werden. Um die Ziele der Armutsbekämpfung nicht zu gefährden, ist es von entscheidender Bedeutung, die Ausweitung der Mandate mit der Stärkung der Finanzkapazität in Einklang zu bringen (Walle und Brandi, 2023).
- Zweitens ist es dringend erforderlich, dass die MDBs, einschließlich der Weltbank, ihre Finanzierungskapazitäten erheblich ausbauen. Sie können ihre Risikotragfähig-

keit erhöhen und ihre Kreditvergabe ausweiten, indem sie zum Beispiel abrufbares Kapital (callable capital) einsetzen. Hierfür sollten sie die Bedingungen für abrufbares Kapital ausweiten und mit Kreditagenturen und Anteilseignern klare Verfahren und Mechanismen für dessen Abruf festlegen.

- Drittens stellt die Idee, die Sonderziehungsrechte (SZR) des IWF über die Entwicklungsbanken zu leiten, eine anspruchsvolle, aber vielversprechende Möglichkeit dar, die Finanzierungskapazität der MDBs auszuweiten. Dieser Vorschlag der Afrikanischen Entwicklungsbankgruppe (AfDB) und der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) verdient bei den kommenden Gipfeltreffen zentrale Aufmerksamkeit. Die SZR stellen Reserveguthaben dar, die der IWF 1969 erstmals eingerichtet hat. Die Mitgliedstaaten können diese Buchkredite in andere Währungen umtauschen oder als Währungsreserven nutzen. SZR sind für die Mitgliedsländer günstiger als die Aufnahme von Krediten an den Märkten. Zudem sind sie nicht an die Erfüllung von Bedingungen geknüpft. Dieser innovative Mechanismus der beiden MDBs, der als hybrides Kapitalinstrument strukturiert ist, kann in den Bilanzen der MDBs wie Eigenkapital behandelt werden. Die Weiterleitung von SZR an die Entwicklungsbanken bietet einen erheblichen Vorteil, da diese mindestens das Vier-

fache ihres ursprünglichen Werts erreichen können.

INLÄNDISCHE ÖFFENTLICHE RESSOURCEN

Die Mobilisierung inländischer Ressourcen stand nicht bei allen Initiativen im Vordergrund. Da Steuereinnahmen aber die wichtigste Quelle der Entwicklungsfinanzierung darstellen und ein fiskalischer Puffer die Länder widerstandsfähiger macht, sind Reformen auf nationaler und internationaler Ebene wichtig:

- Erstens sollten bilaterale und multilaterale Durchführungsorganisationen die Länder beim Aufbau von effizienten Steuerverwaltungen und -systemen unterstützen.
- Zweitens sollten die Organisationen der technischen Zusammenarbeit die Digitalisierung der Steuerverwaltungen und die Sammlung von vergleichbaren Steuerverwaltungsdaten vorantreiben. Daten und Transparenz sind erforderlich, um bestehende Steuerstrukturen effektiver zu beurteilen und zukünftige Steuersysteme zu gestalten. Zwei erfolgreiche Initiativen in diesem Bereich sind zum einen „Tax Inspectors Without Borders“, die Steuerexpert*innen zur Schulung von Mitarbeiter*innen in Partner-Steuerverwaltungen sendet; und zum anderen der automatische Informationsaustausch in Steuer-sachen, der für mehr Transparenz sorgt und grenzüberschreitende Steuerhinterziehung und -umgehung bekämpft.

- Drittens sollte die internationale Steuerkooperation verbessert werden. Vielversprechend ist hierfür eine UN-Resolution von November 2023, welche der UN mehr Handlungsspielraum in der internationalen Steuerkooperation zuspricht. In den vergangenen Jahren wurde die internationale Steuerkooperation vor allem durch die Umsetzung des OECD/G20-Projekts zu Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) reformiert (Laudage 2023). Viele Länder niedrigen und mittleren Einkommens im Inclusive Framework on BEPS benötigen weiterhin Unterstützung bei der Implementierung der BEPS-Reformen, welche darauf abzielen, Steuer-Vermeidung zu bekämpfen, die Kohärenz internationaler Steuervorschriften zu verbessern und die digitale Wirtschaft stärker zu besteuern. Die Afrikanische Union schätzt, dass Afrika jährlich 50 bis 80 Milliarden Dollar durch illegale Finanzströme verliert (AU 2019).

Klimaziele können mit in diese Reformen eingebunden werden, indem kurzfristig unnötige Steuerausgaben wie Subventionen für fossile Brennstoffe abgeschafft werden und langfristig mehr grüne Steuerreformen (zum Beispiel Kohlenstoffpreise und Umweltsteuern) umgesetzt werden (Berensmann et al. 2023).

BESSERE EINBINDUNG DES PRIVATEN SEKTORS

Bei den meisten Initiativen lag ein besonderer Fokus auf Privatkapitalmobilisierung. Ansätze wie Blended Finance versuchen die Beiträge von Privatkapital, vor allem von internationalem privatem Kapital, zu stärken und auszubauen. Allerdings sind private internationale Kapitalflüsse wie ausländische Direktinvestitionen oder Portfolioinvestitionen in Niedrig- und Mitteleinkommensländern (exklusive China) 2020 während der Corona-Pandemie stark zurückgegangen.

Nach einer kurzfristigen Erholung 2021 zogen Investor*innen mit steigender Inflation und höheren Zinsraten 2022 sogar Kapital aus diesen Ländern ab. Aufgrund des schwierigen makroökonomischen Umfelds sollte deshalb ein größeres Augenmerk auf die Mobilisierung von inländischen privaten Ersparnissen für Investitionen gelegt werden. Zum einen finanzieren inländische Ersparnisse bereits den Großteil von privaten Investitionen, und zum anderen reduzieren sie die Abhängigkeit und Vulnerabilität gegenüber Schocks im internationalen Finanzmarkt.

Die Kanalisierung von Ersparnissen für Investitionen kann durch staatliche Entwicklungsbanken gefördert werden. Diese Banken können aufgrund ihrer Nähe zu und ihrer umfassenden Kenntnisse über lokale Märkte „sichere“ inländische Anlage- und Investitionsmöglichkeiten schaffen, was dem Abfluss von inländischen Ressourcen hin zu Anlagen in harten Währungen entgegenwirkt. Zudem hat die voranschreitende Digitalisierung im Finanzsektor das Potenzial, mehr Menschen Zugang zu formellen (digitalen) Sparmöglichkeiten zu verschaffen, so dass mehr inländische Ersparnisse mobilisiert und zur Finanzierung nutzbar gemacht werden können (Berensmann et al. 2023).

Die derzeitige ökonomische Weltlage macht die Entwicklungsfinanzierung noch bedeutungsvoller und rückt sie zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses. Die Gip-

feltreffen können dazu beitragen, nicht nur mehr, sondern auch adäquate Entwicklungsfinanzierung einzufordern. Dafür müssen die zukünftigen Gipfel gut koordiniert und die Vereinbarungen weiterverfolgt werden.

REFERENZEN

African Union Commission, 2019: Domestic resource mobilization: Fighting against corruption and illicit financial flows. Addis Ababa, AUC Publishing.

Berensmann, K., Laudage Teles, S., Sommer, C., & Walle, Y. M., 2023: Development finance at a turning point: Effects and policy recommendations. Discussion Paper, Bonn, IDOS.

Berensmann, K., 2023: Die Internationale Gemeinschaft muss endlich eine Schuldenerleichterung gewähren. Die aktuelle Kolumne vom 6. November 2023, Bonn, IDOS.

Laudage Teles, S., 2023: The BEPS Project: achievements and remaining challenges. Briefing Paper 22/2023, Bonn, IDOS.

Walle, Y. M. & Brandi, C., 2023: Weichenstellung für globale Herausforderungen in Marrakech? Die aktuelle Kolumne vom 2. Oktober 2023, Bonn, IDOS.

Weltbank / Internationaler Währungsfonds, 2023: Ending poverty on a livable planet: Report to governors on World Bank evolution. Development Committee, Washington DC.



KATHRIN BERENSMANN
ist Senior Researcher und Projektleiterin beim German Institute of Development and Sustainability (IDOS).

kathrin.berensmann@idos-research.de



YABIBAL M. WALLE
ist Senior Researcher beim IDOS.

yabibal.walle@idos-research.de



CHRISTOPH SOMMER
ist Researcher beim IDOS.

christoph.sommer@idos-research.de



SABINE LAUDAGE TELES
ist assoziierte Wissenschaftlerin am IDOS.



Vizepräsidentin Kamala Harris – Frau, schwarz, indisch – als Delegationsleiterin der USA beim Klimagipfel im Dezember 2023 in Dubai.

IDENTITÄTSPOLITIK

Grenzen des Kürzels BIPoC

Wenn ein Begriff hilft, gesellschaftliche Dynamiken in den USA zu verstehen, bedeutet das nicht, dass er anderswo auch passt. Ein gutes Beispiel ist das Kürzel BIPoC. Es steht für „black, indigenous and people of colour“. Selbst in Nordamerika lässt sich damit weniger erklären, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Auf andere Weltgegenden wie Südasien zum Beispiel passt er nicht. Migration in die USA macht die Dinge noch komplizierter.

Von Hans Dembowski

In den USA umfasst das Kürzel BIPoC viele benachteiligte soziale Gruppen. Dennoch ist es selbst dort umstritten – unter anderem, weil nicht alle Mitglieder dieser Gruppen in einer Gesamtkategorie zusammengeworfen werden wollen, die „den Weißen“ gegenübergestellt werden kann. Obendrein gelten Menschen mit je einem schwarzen und weißen Elternteil heute als „biracial“. Macht sie das im gleichen Sinne zu „persons of colour“ wie Eingewanderte aus Indien?

In Indien ist das Kürzel BIPoC nutzlos. Denn bekanntlich kommt es dort vor allem auf die Kastenzugehörigkeit an. Weniger be-

kannt ist international aber, wie vielschichtig das Kastensystem ist. Die meisten Ausländer wissen nicht, dass indische Sprachen für das, was wir „Kasten“ nennen, mehr als eine Vokabel brauchen.

- Die vier „Varnas“ kommen in den heiligen Schriften des Hinduismus vor. Es geht historisch um Brahmanen (Religionsgelehrte, oft mit großem Landbesitz und vermögend), Kshatriyas (Adel mit militärischen Kompetenzen), Vaishiyas (Händler) und Shudras (Bauern und Handwerker).
- Wichtiger sind aber die unzähligen „Jatis“, die in gewisser Weise als Klan oder Stamm gelten könnten.

Jatis gibt es in allen in Südasien verbreiteten Religionen, nicht nur im Hinduismus. Andererseits haben nicht alle Hindu-Jatis einen Platz in den Varna-Kategorien. Die niedrigsten Jatis sind in diesem Sinne kastenlos. Sie werden heute „Dalits“ genannt, was „die Gebrochenen“ bedeutet. Unterdrückung und Ausbeutung kennzeichnen ihre Geschichte.

Welches Jati in welches Varna gehört, ist teilweise umstritten und wird regional unterschiedlich interpretiert. Teils übernehmen auch andere Jatis Funktionen, die

eigentlich den hochrangigen Varnas vorbehalten sind. Zudem gibt es innerhalb der Varnas Hierarchien. Manche Brahmanen-Jatis genießen zum Beispiel höheres Ansehen als andere. Abermals kommt es auf regionale Unterschiede an.

Ob die Brahmanen wirklich immer die höchste Varna bildeten, ist auch nicht völlig klar. Die internationale Einschätzung beruht auf der Selbstbeschreibung der Brahmanen. Ich halte es für sehr unwahrscheinlich, dass mächtige Könige und einflussreiche Finanziere früher die Brahmanen, die sie für religiöse Dienstleistungen bezahlten, in jeder Hinsicht für höherwertig als sich selbst hielten. Das tun Arbeitgeber normalerweise nicht.

Das Jati-System ist weiterhin sehr stark. Auch heute heiraten Menschen meistens innerhalb ihres Jatis.

KASTENDISKRIMINIERUNG IN DEN USA

In den USA werden Ausgewanderte schnell zu „Indian Americans“ (nicht zu verwechseln mit den indigenen „American Indians“). Manchen gelingen sehr steile Karrieren. Sundar Pichai ist der Vorstandsvorsitzende der Google-Mutter Alphabet und Satya Nadella ist der Vorstandsvorsitzende von Microsoft.

Allerdings ist in den letzten Jahren auch außerhalb der indischen Diaspora klar geworden, dass die Migration das Jati-System in die USA mitgebracht hat. Beschwer-

den über Kastendiskriminierung in großen Tech-Unternehmen haben zu Gesetzen zum Schutz von Dalits geführt. Sie sollen verhindern, dass bestimmte Persons of Colour andere Persons of Colour benachteiligen.

Dass die beiden oben genannten Vorstandsvorsitzenden brahmanischen Jatis angehören, ist sicherlich kein Zufall. Das bedeutet aber nicht automatisch, dass sie selbst Kastendiskriminierung betreiben. Tatsächlich unterstützen auch in Indien nicht alle Brahmanen das traditionell hierarchische Denken.

Es ist problematisch, politische Programmatik auf Identitätsvorstellungen aufzubauen. Identität ist weder gottgegeben noch natürlich, sondern hochgradig subjektiv. Womit ein Mensch sich identifiziert, hat viele Dimensionen und ändert sich im Lauf der Zeit. Sozial Schichtung ist relevant, unterliegt aber auch historischem Wandel.

Je stärker eine bestimmte Identitätsvorstellung politisiert wird, desto härter wird sie, und das macht es dann umso schwerer, Gleichberechtigung unter Indivi-

duen zu schaffen. Die USA sind ein gutes Beispiel für fluide und unscharfe Identitätsvorstellungen. Kamala Harris ist nicht nur die erste Vizepräsidentin der USA. Sie ist zugleich die erste schwarze und die erste indischstämmige Person in diesem Amt. Ihrem Akzent nach zu urteilen, gehört sie indessen zur gebildeten Mittelschicht einer typischen Universitätsstadt. Das passt dazu, dass sie in Berkley, wo die riesige University of California (UoC) ihren Hauptcampus hat, aufgewachsen ist. Migrantenkinder übernehmen typischerweise den Akzent ihres Wohnorts und nicht den ihrer Eltern, die im Fall von Harris beide wissenschaftlich arbeiteten.

Harris' Mutter war eine brahmanische Tamilin aus Indien und arbeitete an einem der berühmtesten UoC-Labore. Ihr Vater kam aus Jamaika und war VWL-Professor an der privaten Stanford University in Kalifornien. Dass ihre Eltern sich scheiden ließen, als sie noch ein Kind war, wäre in Indien skandalös gewesen. An der Westküste der USA war es nichts Besonderes. In Indien

wiederum wäre die junge Harris als Braut für eine arrangierte Ehe vermutlich nicht in Frage gekommen. Ihr Vater war weder Brahmane noch Tamile, hatte keine indischen Vorfahren und passte somit überhaupt nicht in das prägende Jati-System.

In BIPoC-Kategorien ist Kamala Harris dagegen sowohl schwarz als auch farbig. Dennoch steht sie grundsätzlich im Verdacht, weiße Vorherrschaft zu vertreten. Als Vizepräsidentin vertritt sie schließlich die Weltmacht, der vorgeworfen wird, sie propagiere weltweit ihre rassistischen Standards.

In den USA hassen sie aber besonders die Leute, die weiße Dominanz fordern. Das BIPoC-Kürzel hilft also nicht, die Rolle von Kamala Harris auf der nationalen oder der internationalen Bühne wirklich zu verstehen.

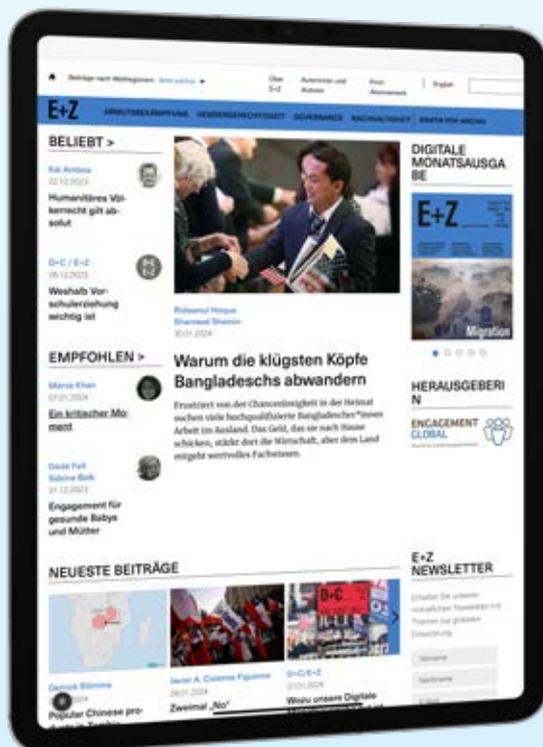


HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z/
D+C.

euz.editor@dandc.eu

Auf unserer Website finden Sie Diskussionsbeiträge und Hintergrundinfos unseres internationalen Autorennetzwerks zu globaler Entwicklung und Zusammenarbeit.

www.dandc.eu





Aborigine-Kunst: Die schichtweise Bemalung und Übermalung mit Punkten ist eine traditionelle Technik. Das Bild trägt den Titel „Let's Go to Mining“.

INDIGENE IDENTITÄT

Durch Kunst sichtbar werden

Während der Kolonialisierung Australiens zogen europäische Einwanderer willkürlich Grenzen und übernahmen die Deutungshoheit von Kultur und Geschichte – ohne Rücksicht auf indigene Völker. In einer Ausstellung in Köln erzählen australische Ureinwohner*innen selbst von ihrer kulturellen Vielfalt, Geschichte und Identität. Sie suchen angesichts der Dominanz westlicher Kultur nach Wegen, ihre eigene Perspektive zu vermitteln.

Von Marcel G. Seyppel

In Deutschland rückte in den vergangenen Jahren die Aufarbeitung der eigenen Geschichte als Kolonialmacht stärker in die Öffentlichkeit. Unter anderen wurden Fragen der Wiedergutmachung von Unrecht diskutiert, etwa im Kontext des Völkermords in der ehemaligen Kolonie Südafrika. Auch über die Rückgabe von Kulturgütern fand eine breite Debatte statt. Unter anderem gaben deutsche Museen Benin-Bronzen aus ihren Depots an Nigeria zurück, beispielsweise das Hamburger Museum am Rothenbaum – Kulturen und Künste

der Welt (MARKK) und das Kölner Rautenstrauch-Joest-Museum (RJM).

Dieser Diskurs muss vor allem um indigene Perspektiven bereichert werden. Ethnologische Ausstellungen spielen hier eine wichtige Rolle, wie eine Schau im RJM zeigt, die noch bis zum 7. April 2024 zu sehen ist. Sie heißt „Revisions made by the Warlpiri of Central Australia and Patrick Waterhouse“ und präsentiert erstmals in Europa die Ergebnisse einer jahrelangen künstlerischen Kooperation.

Beteiligt waren zum einen Vertreter*innen der Warlpiri, die zu den Australian First Peoples zählen und in den Steppen Zentralaustraliens zu Hause sind. In selbstverwalteten Zentren betätigen sie sich künstlerisch. Zum anderen war der britische Fotograf und Künstler Patrick Waterhouse dabei, der fünf Jahre lang mit Warlpiri-Gemeinschaften lebte und arbeitete.

Ausgangspunkt für das Projekt sind die Gegensätze indigener und europäischer Kartografie in Australien. Die europäischen Einwanderer zerschnitten das Land mit willkürlichen Linien und legten Staatsgrenzen fest, wie einer der Künstler, Otto Jun-

garrayi Sims, betont. „Sie wussten nichts von der Vielfalt der Ethnien, die dieses Land bewohnen. Sie wussten nicht, dass wir unsere eigenen Geschichten, Songlines, Grenzen und Nationen haben“, sagt er. Songlines sind mythische, durch Gesang überlieferte Routen, die zusammen eine unsichtbare Landkarte Australiens aus der Perspektive der Aborigines ergeben und verschiedene Zeitebenen miteinander verbinden.

Noch bevor es zur künstlerischen Kooperation mit den Warlpiri kam, hatte Patrick Waterhouse mehrere Jahre Zentralaustralien bereist. „Ich kam mit Künstler*innen im Alter zwischen 16 und 90 Jahren der australischen First Peoples zusammen, und es entwickelte sich ein vielschichtiger Dialog mit einzelnen Künstlerfamilien, die ihr Volk mit einbezogen“, erzählt er. So ließen sich die Aborigines von Waterhouse fotografieren und bearbeiteten anschließend die Bilder unter Einsatz ihrer traditionellen Punktmalerei.

Diese Kunsttechnik der schichtweisen Bemalung und Übermalung lässt sich bis in die prähistorische Zeit zurückverfolgen. Die Aborigines gaben sie von Generation zu Generation bis in die heutige Zeit weiter. Der Titel der Ausstellung „Revisions“ („Überarbeitungen“) bezieht sich darauf: Mehr als 50 überwiegend weibliche Künstler*innen der Warlpiri übermalten und verzierten mit ihrer Technik unterschiedliche Dokumente jener, die erst nach ihnen nach Australien kamen, und verorteten diese Objekte damit neu.

RÜCKERBERUNG DER IDENTITÄT

Zu den Vorlagen zählen etwa Karten, Satellitenbilder, Postkarten, Tier- und Landschaftsfotos. Im Laufe der Zeit kamen etwa Comic-Illustrationen und Gemälde hinzu, vielfach Archivmaterial aus Museen und Auktionshäusern. Auch das RJM steuerte Abbildungen seiner Australiensammlung bei. Ein Gemälde von James Cook etwa ist nur mit einem roten Punkt auf der Nase verziert. Eine Ausstellungswand ist mit übermalten, geradezu ikonischen Foto-Portraits von Warlpiri-Bewohnern gestaltet, die die enge Verbindung der Menschen mit ihrem Land zum Ausdruck bringen.

„Die Europäer brachten ihre Dokumente in Form von Zeitungen, Karten und Texten mit“, erzählt Otto Jungarrayi Sims. „Das ist unsere Geschichte. Wir haben kein Papier. Wir haben unsere Dokumente und



Die Aborigines verstehen sich als Wächter des Landes und der Natur.

auf und verweisen damit auf jene der Gegenwart, die für eine gelungene Zukunft zu lösen sind. Sie begreifen sich etwa als „Wächter des Landes“, was eine intakte Umwelt einschließt. Umweltzerstörung und rapider Artenverlust bedrohen nicht nur ihren Lebensraum. So markieren die Songlines überlebenswichtige Wasserstellen in einem zunehmend austrocknenden Land. In der Ausstellung zu sehen ist unter anderem ein Foto des 1936 ausgestorbenen Beutelwolfs, in der Sprache der Aborigines „Kaparuni-na“ genannt. Vor seiner Ausrottung war er das größte Raubtier Australiens. So mahnt das künstlerisch bearbeitete Foto, den zerstörerischen Umgang mit der Umwelt zu beenden.

„Durch die Kunst können wir unsere Geschichte erzählen“, sagt Warlpiri-Künstler Otto Jungarrayi Sims. „Wie wir auf diesem Land gereist sind. Wie wir in dem Land überlebten.“

LINK

Die Ausstellung „Revisions made by the Warlpiri of Central Australia and Patrick Waterhouse“ ist bis zum 7. April 2024 im Rautenstrauch-Joest-Museum in Köln zu sehen.

<https://www.rautenstrauch-joest-museum.de>



MARCEL G. SEYPPPEL ist freier Journalist und Berater.

drmseyppel22@gmail.com

unser Wissen in uns selbst. In unseren Herzen und Köpfen.“

Überraschend und beeindruckend ist die vielfältige Formensprache, mit der die Künstler*innen verschiedene Geschichten erzählen. Dazu zählen auch drei riesige umgestaltete Fahnen. Sie sind in Vitrinen im Raum verteilt und scheinen zehn Zentimeter über dem Boden zu schweben. Mit Fahnen demonstrierten die Eroberer in Australien ihre Macht- und Besitzansprüche. Nun sind es die Aborigines, die Fahnen als Teil ihrer künstlerischen Auseinandersetzung mit kultureller Unterdrückung einsetzen.

Objekte zu „kapern“, um sie zu revidieren und neu zu gestalten, ist etwas ganz anderes, als etwa eine Staatsflagge zu zerschneiden, sie abzuhängen oder zu ersetzen – oder ein Gemälde mit Farbe zu bewerfen, wie es zuletzt Klimaaktivist*innen in Europa taten. Die Ausstellung zeigt kein simples Ausradieren, vielmehr sind die Werke Ausdruck einer kreativen Synthese. Die revidierten Bilder verbinden symbolhaft Altes und Neues, Mensch, Tier und Landschaft, Wirklichkeit und Vision.

Diese Revision fügt sich ein in weltweite Bewegungen marginalisierter wie aktivistischer Gruppen, die Kunst nutzen, um auf Missstände aufmerksam zu machen. Für indigene Gruppen geht es hier vor allem um die Rückeroberung und auch Neuausrichtung ihrer Identität, die durch Kolonialismus und Ausbeutung jahrzehntelang aktiv oder indirekt unterdrückt wurde.

Jedes Bild der Ausstellung trägt die individuelle Handschrift der Künstler*innen und verkörpert die Identität der jeweiligen ethnischen Gruppe. In die Bilder sind Botschaften eingewebt, die sich den

Betrachter*innen nicht auf den ersten Blick erschließen, etwa genderspezifische Aspekte. Die revidierten Bilder lassen sich als Puzzles begreifen, in denen jeweils verschiedene Teile der Geschichte der Warlpiri zusammengeführt werden.

Zum Verständnis der Songline-Werke und ihres Kontextes trägt auch ein Film in einem Nebenraum bei. Der Projektleiter der Ausstellung, Oliver Lueb, betont aber: „Wir können Songlines nur ansatzweise verstehen. Es ist allerdings wichtig, die falsche Übersetzung in ‚Traumzeiten‘ oder ‚Traumpfade‘ zu revidieren. Denn die weißen Entdecker und Eroberer haben nie verstanden, dass ihre eigentliche Bedeutung in der Verbindung von Vergangenheit und Zukunft im Heute liegt.“

Auch in der gezeigten Kunst greifen die Warlpiri Probleme der Vergangenheit



„Revidierte“ Karte von Australien

Kostenlos in der Schule essen

Burundi hat wie andere Länder in Ostafrika wegen anhaltender Dürren und Extremwetter mit hohen Ernteausfällen zu kämpfen. Viele Menschen hungern. Der Staat versucht, mit Schulspeisung Abhilfe zu schaffen.

Die Dürre ist in drei Provinzen im Norden Burundis, insbesondere in Kirundo, besonders schlimm. Viele Menschen fliehen deshalb von dort und Kinder brechen die Schule ab. Um die Not zu lindern, hat Burundi seit 2009 in Zusammenarbeit mit dem Welternährungsprogramm ein Programm zur Verteilung von kostenlosen Mittagessen an den Grundschulen begonnen. Dies soll den Familien helfen und die ländlichen Räume entwickeln.

Im Rahmen des Programms können die kleinbäuerlichen Familien ihre Ernte an die Schulen verkaufen. Um die Zahlen der Schulabbrecher*innen im ganzen Land zu verringern, wurde das Schulkantinenprogramm auf sieben der 18 Provinzen ausgeweitet und es soll derzeit schätzungsweise 650 000 Grundschüler*innen zugutekommen.

Für die kleinbäuerlichen Familien ist das ein doppelter Vorteil. Zum einen haben sie die Gewissheit, dass die von ihnen produzierten Lebensmittel Abnehmer*innen finden, und zum anderen werden ihre Kinder mit angemessener Nahrung versorgt. Das Schulesen besteht hauptsächlich aus gesundem heimischem Gemüse wie Mais, Maniok oder Bohnen.

Das Programm begann mit importiertem Reis, Bohnen und Mais, erklärt der Beauftragte für Schulkantinen im Bildungsministerium. „Im Jahr 2013 haben wir eine neue Strategie beschlossen, um die Schulkantinen mit lokaler Produktion zu versorgen.“

Der Direktor einer Grundschule, in dem das Programm bereits länger läuft, zieht ein gemischtes Fazit. In den ersten Jahren nach der Einführung des kostenlosen Mittagessens waren die Schüler*innen glücklich darüber, und die schulischen Leistungen waren sehr zufriedenstellend, sagt er: „Doch mit zunehmender Armut in den Familien zeigten Mädchen und Jungen kein Interesse mehr an der Schule, und die Zahl der Schulabbrecher*innen stieg. Vor allem Jungs gingen in die Nachbarländer, um nach Arbeit zu suchen.“ Auch viele Mädchen verließen die Schule, nachdem sie schwanger wurden. Der Direktor sieht die Schulspeisungen als hilfreich, er hatte sich aber mehr erwartet.

Diese Beobachtung belegen auch die rückläufigen offiziellen Zahlen. Ein Beamter des Bildungsministeriums berichtet, dass 624 000 Schüler*innen in 820 Schulen im Schuljahr 2018/19 vom Schulkantinenprogramm profitierten, im Schuljahr 2019/20 waren es 570 000 und im Schuljahr darauf 400 000 Schüler*innen in 500 Schulen. Neben der zunehmenden Armut der Familien ist auch ein Mangel an finanziellen staatlichen Mitteln verantwortlich für den Rückgang der Zahlen.

Die Zahl der begünstigten Grundschüler*innen in Burundi wird derzeit auf 650 000 geschätzt, das Ziel liegt jedoch bei 2,8 Millionen. Burundi muss mehr Mittel mobilisieren, um die Kinder in der Schule zu halten und auf bessere Ergebnisse zu hoffen.

Das Schulspeisungsprogramm bietet auch Chancen für die Agrarwirtschaft und Viehzucht, da sie die Schulen lokal mit Nahrungsmitteln versorgen können. Dies wäre der Entwicklung des ländlichen Raums dienlich.



MIREILLE KANYANGE

ist Journalistin bei Radio Isanganiro in Burundi.

mika.kanyange@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

65. Jg. 2024

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 27.02.2024 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Jörg Döbereiner (JD), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media) Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Ssegujja Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

SEXUALISIERTE GEWALT

Im Krieg wie im Frieden

Die Aufmerksamkeit für sexualisierte Gewalt in Konflikten konzentriert sich zurzeit stark auf ihre strategischen Aspekte. Entscheidend ist jedoch, systematische Benachteiligung von und Gewalt gegen Frauen auch in Friedenszeiten anzugehen, um wirksame Prävention und Unterstützung für Überlebende zu gewährleisten.

Von Sara Fremberg

Erst seit den 1990er-Jahren wird sexualisierte Kriegsgewalt als schweres Menschenrechtsverbrechen anerkannt. Diese Anerkennung war ein Meilenstein im Einsatz für den Schutz und die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit. Bis dato herrschte das Narrativ vor, sexualisierte Kriegsgewalt sei „Kollateralschaden“. Dieses wurde unter anderem durch den unermüdlichen Einsatz von Aktivist*innen und Überlebenden gebrochen, die über erlebte Gewalt öffentlich sprachen, etwa nach dem Bosnienkrieg vor rund 30 Jahren. Ihre Aussagen belegten die grausame Anwendung sexualisierter Gewalt als Teil der Kriegstaktik.

Aktuell werden Kriegsvergewaltigungen vermehrt thematisiert, insbesondere seit der Ausweitung des russischen Angriffskriegs auf die gesamte Ukraine im Februar 2022 und dem Überfall durch die Hamas und andere bewaffnete Gruppen auf Israel

am 07. Oktober 2023. Dabei wird der Fokus vor allem auf den strategischen Aspekt der Gewalt gelegt, das heißt auf die Frage, ob sexualisierte Gewalt gezielt als Kriegstaktik oder „Waffe“ eingesetzt wird.

Die Verfolgung und Ächtung sexualisierter Gewalt als Teil der Kriegsstrategie ist wichtig. Gleichzeitig gilt: Meist braucht es gar keinen expliziten Befehl zu vergewaltigen. Es reicht oft aus, wenn innerhalb des Militärs oder bewaffneter Gruppen sexualisierte Übergriffe durch Vorgesetzte geduldet werden und eine Atmosphäre geschaffen wird, die zu dieser Gewalt ermutigt. Hinzu kommt, dass die meist männlichen Täter oft keine oder kaum Strafverfolgung fürchten müssen.

Auch aus einem anderen Grund greift der Fokus auf sexualisierte Gewalt als „Kriegswaffe“ zu kurz. Im Krieg eskaliert, was vorher schon vorhanden war – systematische Benachteiligung von und Gewalt gegen Frauen, transportiert durch patriarchale Strukturen. In Nachkriegsgesellschaften gehen diese frauenfeindlichen Strukturen sogar oft gestärkt aus dem Konflikt hervor. Das heißt, sexualisierte Gewalt existiert im Kontinuum und gehört auch in Friedenszeiten zur Realität vieler Frauen und Mädchen. Auch queere Menschen, nichtbinäre und Transpersonen sowie Jungen und Männer erleben jene Gewalt.

Nur wenn diskriminierende Macht- und Herrschaftsverhältnisse als Ursachen der Gewalt erkannt werden, lassen sich Gegenmaßnahmen entwickeln, die den Bedarfen aller Betroffenen entsprechen und neue Gewalt verhindern.

Sexualisierte Gewalt kann massive und langanhaltende gesundheitliche und soziale Folgen haben. Priorität müssen daher die Bedarfe der Überlebenden haben: Sie brauchen ganzheitliche Unterstützung durch körperliche und materielle Sicherheit sowie stress- und traumasensible psychosoziale und medizinische Unterstützung. Sie benötigen zudem rechtliche Beratung und einkommensschaffende Maßnahmen.

Wie stark und dauerhaft Folgen eines Traumas sind, hängt von unterschiedlichen Faktoren ab – etwa von Erfahrungen, die Überlebende in ihrem sozialen Umfeld machen. Noch immer wird vielen Betroffenen nicht geglaubt, sie werden ausgegrenzt und stigmatisiert.

Die Unterstützung Überlebender und die Bekämpfung sexualisierter Gewalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Justiz, Politik und Zivilgesellschaft – sie alle müssen hier Verantwortung übernehmen und zu Dokumentation, Wahrheitsfindung, Erinnerungskultur und Wiedergutmachung beitragen.

Wichtig ist auch, falsche Informationen und eine Instrumentalisierung von Überlebenden zu erkennen. Wenn sexualisierte Gewalt so häufig im Kontext von Krieg und Krisen thematisiert wird, kann dies ein Zeichen dafür sein, dass es nicht nur um die Bedarfe der betroffenen Frauen, sondern auch um politische Interessen geht. Oft wird nur so lange über sexualisierte Gewalt gesprochen, wie es diesen Interessen dienlich ist. Die auch zu Friedenszeiten zugrunde liegenden patriarchalen Strukturen werden zu selten erkannt oder infrage gestellt.

Ziel muss sein, sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt zu verhindern und ihre Ursachen zu überwinden. Gleichzeitig gilt, das Leid der Betroffenen anzuerkennen und die Kraft zu würdigen, mit der sie Gewalt und Unrecht überlebt haben.



Demonstrant*innen verurteilen die Berichterstattung der britischen Rundfunkanstalt BBC zu sexueller Gewalt gegen weibliche Hamas-Geiseln.



SARA FREMBERG
ist die Bereichsleitung Politik und Kommunikation bei [medica mondiale](https://www.medicamondiale.org).

sfremberg@medicamondiale.org



Die ECOWAS trifft sich im Februar, um über den Austritt von Mali, Burkina Faso und Niger zu beraten.

MILITÄRREGIME

Austritt aus der ECOWAS

Am 28. Januar kündigten die Militärregime von Mali, Burkina Faso und Niger an, mit sofortiger Wirkung aus der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) auszutreten. Dies hat schwerwiegende Folgen für die gesamte Region.

Von Karim Okanla

Die drei Militärführer Assimi Goïta (Mali), Ibrahim Traoré (Burkina Faso) und Abdourahamane Tiani (Niger), die 2021, 2022 bzw. 2023 an die Macht gekommen sind, haben der ECOWAS in einer gemeinsamen Erklärung vorgeworfen, ihren Kampf gegen „Terrorismus und Unsicherheit“ nicht zu unterstützen. Stattdessen verhängte sie „illegale, unrechtmäßige, unmenschliche und unverantwortliche Sanktionen“ und diene den Interessen ausländischer Mächte. Die drei Länder sind seit vielen Jahren dschihadistischen Angriffen ausgesetzt, bei denen zehntausende Menschen getötet oder verletzt und noch mehr vertrieben wurden.

Die Kritik der Militärführer fällt in Westafrika auf fruchtbaren Boden. In der Öffentlichkeit wird die ECOWAS zunehmend als ein Zusammenschluss von Präsidenten wahrgenommen, die nur daran interessiert sind, sich gegenseitig den Rücken zu stärken und mit westlichen Mächten zu konspirieren, statt die Interessen Westafrikas zu vertreten.

Der Austritt aus der ECOWAS wirft jedoch existenzielle Fragen für die Militärre-

gime auf, die eine Allianz der Sahelstaaten im vergangenen September als gegenseitigen Verteidigungspakt gegründet haben: Wie wollen die drei Binnenländer mit Themen wie einem gemeinsamen Zollltarif, der Ein- und Ausfuhr von Waren oder Transitmöglichkeiten umgehen?

Das meistdiskutierte Thema in den Radiotalkshows der Subregion betrifft die Freizügigkeit: Viele Bürger*innen aus Mali, Burkina Faso und Niger arbeiten etwa in Côte d'Ivoire. Wenn die drei Länder in den kommenden Monaten ihren gemeinsamen Beschluss zum Austritt aus dem regionalen Block bestätigen, wird die Visumfreiheit außer Kraft gesetzt.

Doch auch für die ECOWAS ist der Austritt eine schlechte Nachricht. Die drei Länder sind zusammen mehr als 2,5 Millionen Quadratkilometer groß und sich ihres Reichtums an Bodenschätzen bewusst. Sie bauen unter anderem Gold und Uran ab.



In der Öffentlichkeit hat die ECOWAS an Glaubwürdigkeit eingebüßt, und zweifelloso hat ihre Schwächung auch das Selbstvertrauen der Militärmachthaber gestärkt. Sie wenden sich nun an Russland, den Iran und die Türkei, um wirtschaftliche Unterstützung zu erhalten. Auch andere Länder wie Marokko, Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate sollen an der islamisch geprägten Sahelzone interessiert sein.

Russland, Iran und die Türkei liefern weiterhin militärische Ausrüstung an die drei Länder. Sie wissen, dass die Regime dringend Unterstützung im Kampf gegen die Dschihadisten benötigen. Immer wieder gelingen zwar erfolgreiche Einsätze. Doch in Gegenschlägen dezimieren die Terrorereignisse die Regime-Truppen.

Viele Augen richten sich nun auf Nigeria als Führungsmacht in der Region. Doch Präsident Bola Tinubu hält sich bisweilen bedeckt. Noch im Juli 2023 versprach er, seine Truppen in den Niger zu schicken, um den vom Militärputsch abgesetzten Staatsschef Mohamed Bazoum wieder einzusetzen. Nun zeigte er sich zurückhaltend und mit den abtrünnigen Staaten gesprächsbereit.

Die wiederum wollen nicht mit der ECOWAS sprechen. Einige Hoffnungen ruhen auf Togo, da das Land in der Vergangenheit als Vermittler aufgetreten ist. Auf jeden Fall hat die ECOWAS ein großes Interesse daran, die Abweichler zurückzubringen. Es sei darauf hingewiesen, dass die ECOWAS-Kommission bis Mitte Februar noch keine formale Mitteilung über die Austrittsabsicht erhalten hatte, so dass sie die Austrittsbeschlüsse für „null und nichtig“ erklärte.

Bislang schien es, als wollten die drei Staatsschefs aus Sorge vor einem Währungschaos Mitglied der CFA-Franc-Zone bleiben. Doch Mitte Februar erklärte Nigers General Tiani im öffentlichen Fernsehen des Landes, dass die Abschaffung der „Kolonialwährung“ sein oberstes Ziel sei, um einer neuen Währungszone mit Burkina Faso und Mali beizutreten. Niemand weiß, wohin sich die Sahelzone entwickelt – und ob gewisse Sanktionslockerungen die abtrünnigen Regierungen beeindrucken.



KARIM OKANLA
ist Dozent für
Medienwissenschaften und
freier Journalist aus Benin.
karimokanla@yahoo.com

NACHHALTIGE WIRTSCHAFT

EU-Lieferkettengesetz ist wichtig

Eigentlich hatten sich Europäische Kommission, Rat und Parlament bereits im Dezember 2023 auf ein EU-Lieferkettengesetz geeinigt. Doch wegen einer kurzfristigen Kehrtwende des marktliberalen Koalitionspartners FDP will sich die Bundesregierung nun im Rat enthalten. Sollte das Gesetz deshalb scheitern, wäre das ein schwerer Rückschlag für nachhaltige Entwicklung weltweit – und für das internationale Ansehen Deutschlands.

Von Armin Paasch

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Christoph Hoffmann sagt, das EU-Lieferkettengesetz werde zum Rückzug europäischer Unternehmen aus ärmeren Ländern führen und diesen schaden. Grundlage für diese These ist eine Einschätzung, die im Auftrag des Wirtschaftsverbands Gesamtmetall entstand. Sie besagt, für deutsche Unternehmen würden pro Lieferanten zusätzliche Fixkosten sowie diffuse juristische Risiken entstehen.

Das ist sachlich falsch. Tatsächlich sollen Firmen verpflichtet werden, menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken in ihren Lieferketten zu identifizieren und ihnen vorzubeugen. Priorität hätten wahrscheinliche, schwere und unumkehrbare Schäden. Es würde also nicht jede zu liefernde Firma umfassend geprüft.

Entsprechend moderat schätzte eine Studie der London School of Economics die Umsetzungskosten menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten ein. Große Unternehmen müssten durchschnittlich 0,005 Prozent ihrer Umsätze aufwenden. Auch die juristischen Risiken sind keineswegs diffus. Zivilrechtlich haften würden Unternehmen nach der EU-Richtlinie nur, wenn durch Verstoß gegen klar definierte Sorgfaltspflichten ein Schaden entsteht.

Fachleuten zufolge werden das deutsche wie auch das EU-Gesetz höchstens in seltenen Fällen zum Rückzug von Firmen aus ärmeren Ländern führen. Das Angebot an Rohstoffen ist knapp und häufig standortgebunden, die Nachfrage zudem hoch. Zu erwarten sind stattdessen Verbesserungen bei Umweltschutz, Menschenrechten und Arbeitsrechten. Die Umsetzungskosten können Gewinnmargen reduzieren. Sie verhindern aber Umweltschäden und machen die Einkommensverteilung gerechter.

Auch im Fertigungsbereich, etwa in der Textilbranche, ist eine Rückverlagerung der Produktion in Hocheinkommensländer nicht zu erwarten, sondern eine stärkere Süd-Süd-Konkurrenz mit Blick auf Nachhaltigkeit. So würde das EU-Lieferkettengesetz dem gegenwärtigen Trend entgegenwirken, Produktionsstätten in die Länder mit den niedrigsten Kosten zu verlagern. Er unterhöhlt Löhne, Sozialleistungen und Arbeits-

sicherheit. Das Gesetz würde die Gewerkschaftsfreiheit und Verhandlungsmacht von Beschäftigten sowie anderen Gruppen stärken.

Grundsätzlich folgt das geplante EU-Lieferkettengesetz dem Ansatz „Befähigung vor Rückzug“. Das Ende einer Geschäftsbeziehung wäre die letzte Notfalloption nach Ausschöpfung aller Einflussmöglichkeiten. Explizit würde es europäische Unternehmen zur fairen Vertragsgestaltung und Einkaufspolitik verpflichten, damit Zulieferer existenzsichernde Löhne zahlen und sonstige menschenrechtliche und umweltbezogene Anforderungen erfüllen können. Es verpflichtet sie zu Schulungen und sonstigen Unterstützungsleistungen besonders gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen. Es verbietet explizit die Abwälzung von Sorgfaltspflichten auf Geschäftspartner. Entwicklungspolitische Maßnahmen könnten Unternehmen zusätzlich unterstützen.

Deutlich zu hinterfragen ist die marktorthodoxe Grundannahme, dass jegliche Integration in globale Wertschöpfungsketten per se die wirtschaftliche Entwicklung und Wohlfahrt in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen fördere. Wirtschaftlicher Aufstieg misslingt, wenn transnationale Konzerne aus reicheren Ländern eine oligopolistische Machtstellung ausnutzen, um Preise zu drücken und den Anteil der Wertschöpfung in ärmeren Ländern zu minimieren. Und sozialer Aufstieg gelingt nicht, wenn weder nationale noch internationale Regeln für existenzsichernde Löhne, Gewerkschaftsfreiheit, Menschenrechte und Umweltschutz sorgen.

Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Vertreibung, Repression von Gewerkschaften, Umweltzerstörung und Klimaschädigung sind das Gegenteil von nachhaltiger Entwicklung. Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), bezeichnet die deutsche Enthaltung beim EU-Lieferkettengesetz daher zurecht als „moralisches Versagen“. Ein Scheitern des Gesetzes würde dem Ansehen des Wirtschaftsstandorts Deutschland schaden.



Arbeitnehmerinnen protestieren im November 2023 in Dhaka.



ARMIN PAASCH
ist Referent für Verantwortliches Wirtschaften und Menschenrechte beim
bischöflichen Hilfswerk

Misereor.

armin.paasch@misereor.de



SCHWERPUNKT

Klima schützen

In der Klimakrise sollte Europa ein gutes Beispiel setzen

Interview mit Mojjib Latif (S. 18)

Die Hindukusch-Himalaya-Region steckt in der Krise

Von Syed Muhammad Abubakar (S. 20)

Extremwetter treffen Benachteiligte am härtesten

Von Alba Nakuwa (S. 22)

Frauen in Sansibar bauen Schwämme an

Von Kizito Makoye (S. 23)

Afrika setzt auf Emissionshandel

Von Wanjohi Kabukuru (S. 25)

Solarstrom in Ghanas Krankenhäusern

Von Jonas Bauhof (S. 28)

Oft ist unklar, was die sozial gerechte ökologische Wende ausmacht

Von Georg Schäfer (S. 30)

Klimaklagen häufen sich

Von Roli Mahajan (S. 32)

Klimaprotest auf den Philippinen.



Das Guohua-Kohlekraftwerk in Nordchina.

INTERNATIONALER KLIMASCHUTZ

„Man kann nicht immer auf alle warten“

Die Klimakrise bringt selbst reiche Länder an ihre Grenzen, analysiert der Klimaexperte Mojib Latif. Er plädiert für mehr Offenheit im Umgang mit der Bevölkerung – und für verstärkte internationale Kooperation.

Mojib Latif im Interview mit Katharina Wilhelm Otieno und Jörg Döbereiner

Global betrachtet war 2023 das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Zugleich stiegen die Emissionen von Klimagasen auf einen neuen Höchstwert. Wie stehen die Chancen, die Ziele des Pariser Klimaabkommens von 2015 noch einzuhalten?

Wenn man sich die geopolitische Lage ansieht, sind die Vorzeichen extrem schlecht. Die Klimakrise ist ein globales Problem: Es ist irrelevant, wo ein Gas wie Kohlendioxid in die Atmosphäre entweicht – ob in Deutschland, China, den USA oder anderswo. Es verweilt so lange in der Luft, dass es sich um den Erdball verteilt und überall wirksam ist. Das Klimaproblem können nur alle Länder gemeinsam lösen. Es braucht deutlich mehr internationale Kooperation.

Allerdings sind die Eigeninteressen vieler Länder stark. Geht es weiter wie bisher, werden wir die Paris-Ziele krachend verfehlen.

Andererseits haben wir alle Möglichkeiten, das Problem zu lösen, das ja in erster Linie ein Energieproblem ist. Wir verfügen über erneuerbare Energien im Überfluss, wir wissen, wie wir sie nutzen können, und haben auch das Geld für die nötigen Investitionen. In einer Welt, in der alle an einem Strang ziehen und die gemeinsamen Interessen im Vordergrund stehen, ließe sich das innerhalb weniger Jahrzehnte lösen.

In welchen Bereichen sind wir global vorangekommen?

Der globale CO₂-Ausstoß wächst zwar, aber nicht mehr so stark wie noch vor 20 Jahren. Das mag auch an diversen Krisen liegen – beispielsweise an Covid-19 und der Beeinträchtigung der Weltwirtschaft, etwa durch den Ukrainekrieg. Aber zumindest einen Teil dürfte auch der Klimaschutz beigetragen haben. Es ist also etwas passiert, wenn auch viel zu wenig. Während der Coronapandemie hatten wir den stärksten Rück-

gang der weltweiten Emissionen seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Das sieht man aber im CO₂-Gehalt der Atmosphäre so gut wie nicht, der geht einfach weiter nach oben. Wir müssen auf einen Bruchteil des heutigen Ausstoßes kommen. Es ist eine Herkulesaufgabe. Die gegenwärtigen Bemühungen sind völlig unzureichend. Die Frage ist, ob man überhaupt von Bemühungen sprechen sollte oder nicht besser von Verweigerung.

Auf dem jüngsten Klimagipfel in Dubai im Dezember 2023 wurden erstmals Mittel für den neuen Loss and Damage Fund bereitgestellt. Auch eine Abkehr von fossilen Energieträgern wurde beschlossen. Sind das nicht Fortschritte?

Ich verstehe nicht, weshalb das in den Medien so hochgejubelt wurde. Die Ergebnisse sind völlig inakzeptabel. Es hätte viel mehr kommen müssen, auch an Unterstützung für ärmere Länder. Der Gipfel in Dubai war die 28. Weltklimakonferenz. Seit der ersten ist der globale CO₂-Ausstoß explodiert. Man muss ehrlich fragen: Welchen Sinn haben diese Konferenzen?

Was den CO₂-Ausstoß angeht, sind sie offenbar nicht zielführend. Immerhin lenken sie den Blick der Weltöffentlichkeit immer wieder auf das Thema Klima, das ist positiv. Außerdem haben die armen Länder dort eine Stimme. Das 1,5-Grad-Ziel ist nicht zuletzt deshalb in das Pariser Klimaabkommen aufgenommen worden, weil die kleinen Inselstaaten darauf bestanden. Ich halte dieses Ziel allerdings nicht für sinn-

voll, weil es aus meiner Sicht nicht zu schaffen ist. Wenn man ein gesetztes Ziel absehbar reißt, führt das bei vielen Menschen zu Frustration.

Wenn sich die Eskalation der Klimakrise kaum mehr vermeiden lässt, sollten mehr Mittel in Anpassung fließen?

Das Hauptziel des Pariser Klimaabkommens ist, deutlich unter 2 Grad Erwärmung gegenüber der vorindustriellen Zeit zu bleiben, was noch möglich ist. Dazu müssen wir dringend die CO₂-Emissionen senken. Was genau, sagen wir, bei 1,9 Grad passieren wird, wissen wir nicht. Denn das System Erde ist zu komplex. Die Grenze der Vorhersagbarkeit ist eine der drei Grenzen, die ich in meinem Buch „Countdown“ beschreibe, in Anlehnung an den Bericht „Grenzen des Wachstums“. Die zweite Grenze ist die der Anpassungsfähigkeit. Wie sollte sich ein Land an Extremereignisse wie etwa die Flutkatastrophe in Pakistan 2022 anpassen? Das ist nicht möglich. Drittens: die Grenzen der Finanzierbarkeit. Wie soll das alles bezahlt werden, wenn schon ein reiches Land wie Deutschland finanziell an seine Grenzen gelangt? Andere Staaten verfügen über wesentlich weniger Spielraum in ihren Haushalten.

Es ist klar, dass die reichen Industrieländer ihrer Verantwortung beim Klimaschutz in besonderer Weise gerecht werden müssen.

Deutschland und in geringerem Maß die USA gehören zu den Ländern, die ihren Ausstoß gesenkt haben. Sie emittieren aber noch immer zu viel und verantworten einen wesentlichen Teil des historischen Ausstoßes. In den Industrieländern müssen wir noch stärker begreifen, dass die Klimakrise auch uns trifft. Der Staat wird die Menschen bei großen Klimakatastrophen absehbar nicht mehr ausreichend kompensieren können. Das kann enorme soziale Spannungen nach sich ziehen. Unser wirtschaftliches und politisches System steht auf dem Spiel. Diese Brisanz haben weder Politik noch Bevölkerung bisher ausreichend erkannt.

Gilt das auch in globalem Maßstab?

Natürlich. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Meist wird über Emissionen geredet, aber eigentlich kommt es auf den CO₂-Gehalt in der Atmosphäre an. Und der geht Jahr für Jahr steil nach oben. Das wird kaum thematisiert. Politisch Verantwortli-

che vermitteln oft den Eindruck, es würde genügen, etwas weniger zu fliegen und auf das Elektroauto umzusteigen. Wir brauchen aber systemische Veränderungen.

Welche Rolle spielen dabei die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, die ihren Kreis im vergangenen Jahr erweitert haben, auch um ölfreiche Staaten?

Sie sind entscheidend dafür, die Erderhitzung einzudämmen. Allerdings lebt Russland von fossilen Brennstoffen, und ich glaube nicht, dass Wladimir Putin sich überzeugen lässt, davon Abschied zu nehmen. China ist inzwischen der größte Verursacher von CO₂. Das Land stößt gut acht Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr aus, ungefähr so viel wie Deutschland und mehr als der EU-Durchschnitt. China scheint aber nicht bereit zu sein, seinen Ausstoß in den kommenden Jahren zu verringern. Trotz schwächelnder Konjunktur ist er 2023 gegenüber dem Vorjahr gewachsen.

Indien, das bevölkerungsreichste Land der Erde, hat noch einen extrem geringen Pro-Kopf-Ausstoß von etwa zwei Tonnen CO₂ pro Jahr. Sollte Indien auf das Niveau Chinas gelangen, wäre das eine Katastrophe. Und wir dürfen nicht vergessen: Afrika hat noch gar nicht angefangen.

Autokratische Regime haben einen erheblichen Anteil am globalen CO₂-Ausstoß. Die jüngere Geschichte lehrt aber, dass mit ihnen im Hinblick auf Umwelt- und Klimaschutz wenig anzufangen ist. Die große Schwierigkeit ist, sie dazu zu bewegen, das zu ändern.

Wie könnte das gelingen?

Es müsste eine Allianz der Willigen geben. Die Länder, die ernsthaft Klimaschutz betreiben wollen, sollten vorangehen und einen eigenen Wirtschaftsraum mit strengen Nachhaltigkeitskriterien aufbauen. Die EU kann dafür als Beispiel dienen. Man kann nicht immer auf alle warten.

Ist das denn realistisch? Nachhaltigkeit kann sehr teuer sein, es drohen erhebliche Wettbewerbsnachteile.

Es müssten Schutzzölle und Ähnliches diskutiert werden. Aber sollte dieser Wirtschaftsraum erfolgreich sein, kann es sehr schnell passieren, dass sich andere anschließen. Wir brauchen jetzt den Mut, die Zukunft zu gestalten.

„Die gegenwärtigen Bemühungen sind völlig unzureichend. Die Frage ist, ob man überhaupt von Bemühungen sprechen sollte, oder nicht besser von Verweigerung.“

Wie sehen Sie die Zukunft von Ländern mit geringem Einkommensniveau?

Diese Länder wollen sich entwickeln – zu Recht. Wir müssen Modelle finden, in denen sie gemeinsam mit den Industrieländern versuchen, dies nachhaltig zu gestalten. Am Ende müssen das die Industrieländer bezahlen. Sonst ist zu erwarten, dass sich die aufstrebenden Länder so entwickeln wie einst die Industriestaaten oder jüngst China: mit fossilen Brennstoffen.

Angesichts der steigenden CO₂-Konzentration in der Atmosphäre wird diskutiert, das Klimagas abzuschneiden und unterirdisch zu speichern (CCS – Carbon Capture and Storage). In Deutschland spaltet diese Frage sogar die Umweltverbände: Manche befürworten sie, andere sehen unkalkulierbare Risiken.

Eine solche Wette auf die Zukunft würde ich ungern eingehen. Es gibt zwar bereits CCS-Projekte, etwa in Norwegen, aber bis heute keine Technologie, die im großen Maßstab risikofrei anwendbar wäre. Wir sollten in dieser Richtung weiter forschen. Aber zum jetzigen Zeitpunkt komplett darauf zu setzen, wäre verantwortungslos gegenüber nachfolgenden Generationen. Ich habe den Eindruck, viele möchten sich einfach nicht von den fossilen Brennstoffen verabschieden und sehen diese Technologie als Rettungsanker. Der sicherste Weg ist aber, CO₂ gar nicht erst auszustoßen.

LITERATUR

Latif, M., 2022: Countdown. Unsere Zeit läuft ab – was wir der Klimakatastrophe noch entgegensetzen können. Freiburg, Herder.



MOJIB LATIF ist Meteorologe und Seniorprofessor an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) und am Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel (GEOMAR).

mlatif@geomar.de



In der Hindukusch-Himalaya-Region schmelzen enorme Mengen an Eis und Schnee.

HINDUKUSCH-HIMALAYA-REGION

„Dritter Pol“ in der Krise

In der Hindukusch-Himalaya-Region schmelzen Gletscher, taut Permafrost, und in den Einzugsgebieten von Flüssen wird die Wasserverfügbarkeit weniger berechenbar. Das bedroht mehr als 1,8 Milliarden Menschen, die in den Bergen und flussabwärts leben.

Von Syed Muhammad Abubakar

Die Hindukusch-Himalaya-Region (HKH) gilt auch als „Dritter Pol“, weil sie das größte Eisvolumen außerhalb der Polarregionen beheimatet. Auf ihren mehr als 4,2 Millionen Quadratkilometern liegen alle über 7000 Meter hohen Gipfel der Welt. Die Region erstreckt sich über 3500 Kilometer durch Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, China, Indien, Myanmar, Nepal und Pakistan.

Zwölf Flusseinzugsgebiete werden von Gletschern und Schnee aus der HKH-Region gespeist, zehn davon sind große grenzüberschreitende Flüsse. Sie fließen durch 16 asiatische Länder und versorgen rund 240 Millionen Menschen in der HKH-Region und etwa 1,65 Milliarden Menschen flussabwärts mit Süßwasser (siehe Kasten).

Die Kryosphäre ist der gefrorene Teil der Erde. Sie besteht aus Schnee, Gletschern, Permafrost und Gletscherseen. Bis zu 60 Prozent der HKH-Region bestehen aus saisonaler Kryosphäre, die sich jedoch

verschiedentlich verändert, wie ein Bericht des International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD) herausstellt. ICIMOD ist eine zwischenstaatliche Organisation mit Sitz in Kathmandu, Nepal, die in allen oben genannten HKH-Mitgliedsländern vertreten ist.

1. Die Gletscher schmelzen rasch. Im Zeitraum von 2010 bis 2019 haben sie 65 Prozent mehr an Masse verloren als zwischen 2000 und 2009. Bei einer globalen Erwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad Celsius werden die Gletscher in der HKH-Region bis 2100 zwischen 30 und 50 Prozent ihres Volumens verlieren. Durch den Rückgang der Gletscher werden die Gletscherseen größer. Gletscherseeausbrüche werden bis zum Ende des Jahrhunderts wohl dreimal wahrscheinlicher sein. Die Auswirkungen können über Ländergrenzen hinweg spürbar sein.

2. Der Permafrost taut. Permafrost ist zusammengefrorene Erde, Steine und Sand. Forschende schätzen, dass im westlichen Himalaya zwischen der Periode von 2002 bis 2004 und der von 2018 bis 2020 etwa 8340 Quadratkilometer Permafrostfläche verloren gegangen sind. Im Uttarakhand-Himalaya (Indien) waren es zwischen der Periode von 1970 bis 2000 und der Periode von 2001 bis 2017 etwa 965 Quadratkilometer.

3. Flussabwärts wird die Wasserverfügbarkeit unsicherer. Gletscherschmelze, auftauender Permafrost und unregelmäßiger Schneefall machen die Wasserressourcen der Region weniger berechenbar. Manche Flusseinzugsgebieten liefern weniger Wasser, andere mehr.

4. Extremwetterereignisse nehmen zu. Eine Mischung aus langsam eintretenden Ereignissen wie Sedimentation und Erosion und schnell eintretenden wie Überschwemmungen und Gletscherseeausbrüchen kann zu Extremwetterereignissen führen, die in ihrer Abfolge nur schwer zu bewältigen sind.

5. Die Temperaturen steigen. In der HKH-Region erhöht sich die Durchschnittstemperatur um rund 0,28 Grad Celsius pro Jahrzehnt. In neun der zwölf Flusseinzugsgebiete erwärmen sich die höheren Lagen stärker.

Auch wenn es im Einzelfall schwer sein kann, spezifische Ereignisse dem Klimawandel zuzuordnen, ist sich die Wissenschaft einig, dass der maßgebliche Treiber der Veränderungen in der Kryosphäre die vom Menschen verursachte globale Erwärmung ist. Politische Entscheidungsträger*innen müssen diese Veränderungen einschätzen können, um Folgen für Ökosysteme und Lebensgrundlagen analysieren und Anpassungsstrategien entwickeln zu können.

GEFÄHRDETE GEMEINSCHAFTEN

Rund 129 Millionen Bauern in den Einzugsgebieten von Indus, Ganges und Brahmaputra sind auf die Gletscher- und Schneeschmelze angewiesen, um ihre Felder zu bewässern, vor allem im Frühling und Sommer. Da die Gletscher weiter schmelzen, wird erwartet, dass die meisten HKH-Flusseinzugsgebiete bis Mitte des 21. Jahrhunderts ihren „Peak Water“ erreichen. Das heißt, es wird zunächst mehr Wasser zur Verfügung stehen – bis zum Ende des Jahrhunderts allerdings insgesamt weniger. Dies bedroht massiv die Lebensgrundlage vieler Menschen, die die Flusseinzugsgebiete für die Landwirtschaft und andere Zwecke brauchen.

Die veränderte Kryosphäre bedeutet für Menschen, die in den Bergen leben, unter anderem Ernteeinbußen, Futtermangel, Viehsterben, weniger Heilpflanzen und eine Abwanderung von Arten in höhere Lagen. In vielen HKH-Gebieten haben sie Land- und Weidewirtschaft bereits aufgegeben,

unter anderem, weil sich die Verfügbarkeit von Wasser verändert hat. Das hat sie sozio-ökonomisch geschwächt und ihre Ernährungsunsicherheit verschärft.

Die Autor*innen des Berichts empfehlen, aktuelle und künftige Klimafolgen abzuschätzen. Bezüglich des Permafrosts sollten die Regierungen der HKH-Mitgliedsländer besonders die Böden überwachen – vor allem, wo deren Auftauen die Infrastruktur oder das menschliche Zusammenleben gefährdet.

Ebenfalls gemessen werden müssen die Geschwindigkeiten der Gletscher, die Dicke von Eis und Schutt sowie die Temperaturen des Eises. Die Modelle für Gletscherprozesse sollten verbessert und stärker mit hydrologischen Modellen verknüpft werden. Es braucht mehr Wissen darüber, wie sich Gletscher durch menschliche Aktivitäten verändern.

Da sich der Zulauf verschiedener Wasserquellen zu den Flussläufen ändert, sollten sich politische Entscheidungsträger*innen darauf vorbereiten, dass Wasser saisonal anders verfügbar sein wird. Sie sollten Strategien entwickeln, um Extremwetterereignisse zu bewältigen.

Auch benötigen die Menschen in den Bergen umfangreiche Ressourcen und technologische Unterstützung, um sich an diese ökologischen Herausforderungen anzupassen. Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel müssen integrativ und fair umgesetzt sein. Sowohl soziale als auch ökologische Aspekte gehören berücksichtigt.

Intensivere grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist unabdingbar, um das gemeinsame Erbe der HKH-Region zu erhalten, wie der von ICIMOD veröffentlichte „HKH Call to Action“ zeigt. Die Autor*innen schreiben darin, dass die grenzüberschrei-

tende Zusammenarbeit in der HKH-Region vor allem deshalb unzureichend sei, weil der Fokus zwischenstaatlicher Initiativen auf politischen und wirtschaftlichen Interessen liege – statt auf dem sozialen und ökologischen Wohlergehen auf regionaler Ebene.

LINKS

ICIMOD, 2023: Water, ice, society, and ecosystems in the Hindu Kush Himalaya.

<https://hkh.icimod.org/hi-wise/hi-wise-report/>

ICIMOD, 2020: The HKH Call to Action to sustain mountain environments and improve livelihoods in the Hindu Kush Himalaya.

<https://www.icimod.org/hkh-calltoaction/>



SYED MUHAMMAD

ABUBAKAR

ist Umweltjournalist in

Pakistan.

s.m.abubakar@hotmail.com

Gefährdete Ökosysteme

Die Hindukush-Himalaya-Region (HKH) umfasst vier globale Hotspots der Biodiversität: den Himalaya, den Indo-Burma, die Berge Zentralasiens und die Berge Südwestchinas. Ihnen ist eine Vielfalt an Ökosystemen zu eigen, darunter hoch gelegene Weideflächen, Feuchtgebiete und Torfmoore, die eine üppige Tier- und Pflanzenwelt beheimaten. Einige Arten sind endemisch, das heißt, es gibt sie nirgendwo sonst auf der Erde.

Die Kryosphäre der HKH-Region – Gletscher, Permafrost und andere gefrorene Gebiete – trägt zu funktionsfähigen Ökosystemen und dem Erhalt der Biodiversität bei. Dies ist wichtig für den direkten und indirekten Nutzen, den die Ökosysteme für den Menschen haben. Zu diesen sogenannten Ökosystemleistungen zählen der Handel mit Naturalien, gesundheitliche Aspekte und Tourismus.

Durch die Klimakrise verändert sich die Kryosphäre aber drastisch. Dies gefährdet die Menschen in den Bergen und die Bauern flussabwärts, wie das International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD) in einem Bericht feststellt (siehe Haupttext). Sie benötigen die Wasserressourcen als Trinkwasser und zur Bewässerung der Felder. Die Autor*innen betonen, dass die Veränderungen sich massiv auf



Blauschafherde auf der Flucht vor einem Schnee leoparden im Rumbak-Tal, Indien.

Ökosysteme und Artenvielfalt auswirken. Da das Leben der Menschen eng mit der Natur verflochten ist, trifft es auch sie.

Die HKH-Mitgliedsländer haben bereits viel zum Schutz der Biodiversität getan: Mehr als 40 Prozent der HKH-Region sind geschützt. Für 39 Prozent der globalen Biodiversitätshotspots gilt dies aber weiterhin nicht. Das erschwert ihren Schutz – nicht nur vor dem Klimawandel, sondern auch vor umweltgefährdenden politischen Maßnahmen, Änderungen in der Landnutzung, Verschmutzung, der Einführung

invasiver Arten und expandierenden Märkten.

All das bedroht die biologische Vielfalt massiv. Bis 2100 könnten schätzungsweise fast ein Viertel der endemischen Arten des indischen Himalayas ausgestorben sein. Selbst wenn die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzt würde, wie im Pariser Abkommen von 2015 festgehalten, könnte die HKH-Region einen Artenverlust und Rückgang der Ökosystemleistungen erfahren.

Die HKH-Region als zusammenhängendes Ökosystem sieht sich mit Kaskadeneffekten konfrontiert, die alle HKH-Mitgliedsländer massiv betreffen können. Eine regionale Zusammenarbeit zwischen den Regierungen ist daher unabdingbar. Zudem braucht es Investitionen in Forschung und Datenaustausch – und nicht zuletzt auch in die Umsetzung eines interdisziplinären Ansatzes zur Bewältigung von Extremwetterereignissen, der naturbasierte Lösungen einbezieht, um Resilienz zu stärken. SMA



Das Bild wurde während der Überschwemmungen mitten im Geflüchtetenlager aufgenommen.

KLIMAKRISE

Fluten in der Wüste

Extreme Wetterereignisse zeigen die Folgen der globalen Erhitzung. Am schlimmsten treffen sie die Bedürftigsten – etwa im nordkenianischen Kakuma, einem der größten Geflüchtetenlager der Welt. Es braucht den vereinten Einsatz lokaler Akteure, um die Lage der Menschen langfristig zu verbessern.

Von Alba Nakuwa

In einigen Teilen Kenias gab es zwischen Oktober und Dezember 2023 heftige Regenfälle. Die Reaktionen darauf waren eine merkwürdige Mischung aus Freude und Verzweiflung. Manche konnten nach langen Trockenzeiten endlich wieder ihre Felder bestellen. Für andere, besonders in ariden und semiariden Gegenden, bedeutete der Regen Vertreibung, beschädigtes Eigentum und Verlust von Lebensgrundlagen.

Die massiven Niederschläge wurden von heftigen Stürmen begleitet und führten dazu, dass Seen wie der Turkana-See überflutet wurden. Flüsse traten über die Ufer, was sofort Erdbeben auslöste. Besonders hart traf es Turkana County. Hier verursachten die Regenfälle auch verheerende Schäden im Flüchtlingscamp Kakuma, der

unfreiwilligen Heimat von mehr als 250 000 Menschen aus mehr als sieben Ländern in Ost- und Zentralafrika.

Die Überschwemmungen haben die humanitäre Krise in der Region weiter verschärft. Mindestens 30 000 Geflüchtete wurden nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) durch die Fluten – erneut – vertrieben. Viele der Betroffenen waren noch nicht in dauerhafte Siedlungen umgezogen, wo sie die Chance hätten, ihr Leben neu zu beginnen, nachdem sie – in einigen Fällen – jahrzehntelang im Geflüchtetenlager gelebt hatten.

Der in Kakuma lebende Südsudanese Lomana Lotiang ist einer der Geflüchteten, die direkt von den Überschwemmungen betroffen sind. Der zweifache Vater betreibt einen Secondhandshop im Camp. Seine Einkommensquelle ging in den Fluten unter, wie tausende Häuser anderer Geflüchteter. In der Nachbargemeinde mussten die Turkana dabei zusehen, wie ihr Vieh ertrank.

„Zunächst hat das UNHCR die nach den heftigen Regenfällen Vertriebenen während der Ferien in Notlagern und einer Grundschule untergebracht“, sagt Lotiang. Aber als die Schule wieder begann, mussten die Menschen alle in die bereits überfüllten

Notlager umziehen. Wegen der schlechten Infrastruktur im Lager versickerte das Wasser nur langsam. Das stehende Wasser erhöhte im ganzen Camp die Gefahr von durch Wasser übertragenen Krankheiten wie Cholera und Durchfall.

FEHLENDE BÄUME

Nach Untersuchungen des Kenya Meteorological Department können Überschwemmungen, die unmittelbar auf eine langanhaltende Dürre folgen, sowohl auf natürliche als auch auf vom Menschen verursachte Faktoren zurückgeführt werden. Die Kombination aus unregelmäßigen Klimamustern, Abholzung und unangemessener Landnutzung in der Region hat dazu geführt, dass sie zunehmend unvorhersehbaren Wetterereignissen ausgesetzt ist.

Die meisten Menschen in Kakuma und im gesamten Turkana County fällen Bäume, um Holz und Holzkohle zu gewinnen, die sie zum Bau von Zäunen oder zum Kochen brauchen. Das Entfernen von Bodenbewuchs und das Fällen von Bäumen schwächt jedoch die natürliche Widerstandsfähigkeit des Bodens, der so kein Wasser mehr aufnehmen kann. Das Überflutungsrisiko steigt.

Die Tatsache, dass das UNHCR und andere – vor allem staatliche – Akteure oft erst dann mit teilweise unkoordinierten Rettungseinsätzen aktiv werden, wenn eine Naturkatastrophe bereits eingetreten ist, ist ebenfalls Teil des Problems. Es braucht erheblich mehr vereinte Bemühungen der Behörden, der Turkana-Gemeinde und der Campbewohner*innen, um die Region zu einem ganzheitlicheren Ansatz des nachhaltigen Landmanagements zu führen.

Wiederaufforstung und die Einführung einer klimaresistenten Landwirtschaft, wie etwa des Anbaus von dürreresistenten Pflanzen, sind zwei notwendige Schritte. Am wichtigsten aber sind Bildung und Aufklärungskampagnen in den betroffenen Gemeinden, damit die Menschen verstehen, welche Risiken mit Entwaldung und darauffolgenden Dürren und Überschwemmungen verbunden sind.



ALBA NAKUWA
ist freie Journalistin aus dem Südsudan. Sie lebt in Nairobi.

albanakwa@gmail.com



Nasir Haji inspiziert ihre Schwammfarm.

KÜSTENGEMEINDEN

Nachhaltige Schwämme

Frauen aus Sansibar bauen klimaresistente Schwämme im Indischen Ozean an. Sie diversifizieren so die wirtschaftlichen Aktivitäten ihrer Gemeinden und erschließen eine nachhaltige Einkommensquelle. In Meeresökosystemen weltweit spielen Schwämme eine wichtige Rolle beim Schutz der biologischen Vielfalt, auch vor der globalen Erhitzung.

Von Kizito Makoye

An der Küste von Jambiani in Sansibar ist Hindu Rajabu auf dem Weg zu ihrer schwimmenden Schwammfarm. Sie wagt mit Taucherbrille und Schnorchel auf dem Kopftuch ins Meer. Wenn das Wasser ansteigt, taucht sie zu den Bojen, die die Schwammfarm an ihrem Platz halten.

Rajabu ist 31 Jahre alt und Mutter von zwei Kindern. Die Suche nach Einkommensquellen hat sie und andere geschiedene Frauen und alleinerziehende Mütter in Sansibar in die Tiefen des Indischen Ozeans geführt. Dort züchten sie klimaresistente Schwämme.

Sansibar, ein Archipel vor der Küste Tansanias, steht vor mehreren Heraus-

forderungen für seine Ökosysteme und Lebensgrundlagen. Wie viele Küstengemeinden weltweit leiden auch diese Inseln unter globaler Erhitzung und steigendem Meeresspiegel. Das führt unter anderem zu Küstenerosion. Häuser, Infrastruktur und Ackerland sind gefährdet. In niedrig gelegenen Gebieten verunreinigt Salzwasser die Süßwasserquellen und beeinträchtigt Trinkwasserversorgung und landwirtschaftliche Produktivität.

Die Erhitzung der Ozeane hat auch Folgen für die marinen Ökosysteme, inklusive der Korallenriffe und Fischbestände. Mit dem Anstieg der Meerestemperaturen hängt das Phänomen der Korallenbleiche zusammen, die viele Meereslebewesen, die auf diese Ökosysteme angewiesen sind, ernsthaft bedroht. Dies hat wiederum Auswirkungen auf die Fischereiwirtschaft und die Ernährungssicherheit in der Region.

Hinzu kommt, dass extreme Wetterereignisse wie Wirbelstürme immer häufiger auftreten, die Sachschäden verursachen und Existenzen zerstören.

Schwammzucht hilft bei der Bewältigung einiger dieser Herausforderungen.

Schwämme als Meeresorganismen tragen zu Gesundheit und Erhalt von Korallenriffen und des gesamten marinen Ökosystems bei und dienen vielen Arten als Lebensraum. Zudem fördern sie den Erhalt der Biodiversität.

Schwämme sind auch eine alternative und nachhaltige Einkommensquelle für die lokalen Gemeinden. Traditionell leben die Menschen auf Sansibar meist von Fischerei und Tourismus. Umweltbelastungen können beides gefährden. Schwammzucht diversifiziert die Wirtschaft und mindert den Druck auf die natürlichen Ressourcen. Vor allem gesunde Korallenriffe sind wichtig für Fischerei, Tourismus und den Schutz der Küste vor Erosion.

Forschende haben mehr als 15 000 Schwammarten identifiziert. Sie existieren wohl seit über 600 Millionen Jahren und waren womöglich die ersten Tiere auf Erden. Schwämme vertragen wärmere Temperaturen, filtern Verunreinigungen aus dem Wasser und verringern so die Verschmutzung der Meere. Eine in der Fachzeitschrift *Microbiology and Molecular Biology Reviews* veröffentlichte Studie belegt, dass an einem einzigen Tag bis zu 24 000 Liter Meerwasser durch einen ein Kilogramm schweren Schwamm gepumpt werden können.

Schwämme werden zum Baden und Putzen genutzt. Naturschwämme sind die umweltfreundliche Alternative zu synthetischen Schwämmen, die Mikroplastik enthalten und somit die Unterwasserwelt gefährden.

Die Forschung hat auch gezeigt, dass die Lebewesen eine Rolle bei der Bekämpfung der Klimakrise spielen. Schwämme lösen jährlich rund 48 Millionen Tonnen Silizium auf, weil ihre Skelette in mikroskopisch kleine Teile des Elements zerfallen. Expert*innen zufolge hilft das gelöste Silizium, den Kohlenstoffkreislauf im Ozean zu steuern und den Treibhauseffekt zu mindern.

SCHRUMPFENDE ALGENINDUSTRIE

Bei Erreichen der Bojen untersucht Rajabu die Schwämme, die auf einem dicken Polyethylenseil schwimmen. Mit einem Messer entfernt sie Bakterien vom Seil. „Es sind empfindliche Tiere, ich bin sehr vorsichtig“, sagt sie. Zum Schutz vor höheren Temperaturen sorgt Rajabu dafür, dass die Schwämme immer unter Wasser sind. Vier Stunden

am Tag verbringt sie damit, die schwimmende Farm zu pflügen.

Rajabu hat die Schule mit 17 Jahren abgebrochen. Sie betrieb eine Algenfarm, verdiente aber nur knapp 30 Dollar im Monat – nicht genug, um ihre Kinder zu ernähren. Die Algenindustrie beschäftigte einst rund 20 000 Menschen, zum Großteil Frauen, und war das Rückgrat der Wirtschaft Sansibars. Sie hat unter dem weltweiten Temperaturanstieg stark gelitten. Studien zeigen, dass Ertrag und Qualität der Algen wegen der Hitze, des unregelmäßigen Regens und der stärkeren Winde drastisch zurückgegangen sind. Sansibars Ministerium für Meereswirtschaft und Fischerei zufolge ist die Algenproduktion auf Sansibar zwischen 2002 und 2012 wegen Klimakrise, Plagen und niedrigen Preisen um 47 Prozent zurückgegangen.

Laut Aziza Said, Meeresbiologin an der Universität von Dodoma, sind Schwämme widerstandsfähiger gegen höhere Temperaturen, leichter zu pflegen und erzielen bessere Marktpreise als Algen. „Zudem reichern sie den Meeresboden durch die Freisetzung von Fett- und Aminosäuren an, die von anderen Organismen aufgenommen werden können.“

Rajabu arbeitet seit 2020 bei der Schweizer Non-Profit-Organisation *marinecultures.org* und verdient seitdem 100 Dollar im Monat. Christian Vaterlaus, der Gründer der Organisation, errichtete 2009 die Schwammfarm in Sansibar, damit verarmte Algenfarmer ein Einkommen haben und um die umliegenden Ökosysteme zu schützen. „Alleinerziehende Mütter ste-

hen sozial besonders schlecht da, sie bekommen keinerlei Unterstützung“, sagt er.

13 Frauen hat die Organisation laut Projektleiter Ali Mahmudi Ali seit 2009 ausgebildet. „Schulungen sind notwendig, um ihre Fähigkeiten und Kenntnisse über die wechselnden Wetterbedingungen zu verbessern“, sagt Ali. In der Ausbildung lernen sie auch, wie man schwimmt, taucht, die Ausrüstung nutzt, die Schwämme reinigt und pflegt und für den Verkauf sortiert und wie man sie vermarktet und Buch führt.

Nasir Hassan Haji ist Vorsitzende der Zanzibar Sponge Farming Cooperative, einer von Frauen geführten Organisation, die die Produktionsaktivitäten überwacht. Die Schwammzucht verändere die traditionellen Geschlechterrollen in Jambiani, ihrer patriarchalischen Gemeinde, in der Frauen oft auf Kinderbetreuung und Hausarbeit reduziert sind, sagt Haji. Die Schwammzucht ist vor allem für geschiedene Frauen und alleinerziehende Mütter die Rettung, da sie ihnen eine Chance auf finanzielle Stabilität gibt.

Zulfa Abdalla verbrachte Stunden damit, Hüte zu weben, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen und ihre beiden Kinder zu unterstützen, nachdem sich ihr Mann von ihr scheiden ließ, als sie 23 Jahre alt war. „Ich hätte nie gedacht, dass ich eines Tages schwimmen lernen würde. Nun ist es meine Einkommensquelle“, sagt sie. Nach kaum drei Monaten fuhr Abdalla eine Rekordernste ein, die ihr fast 640 Dollar brachte. Von einem Teil des Geldes kaufte sie ein Bett, einen Kleiderschrank, eine Kommode und renovierte das Haus ihrer Mutter.



GEDULD IST NÖTIG

Ein Schwamm kostet je nach Größe und Qualität 15 bis 30 Dollar. Die Schwämme werden an Souvenirläden und Hotels in Sansibar und im Ausland verkauft. 70 Prozent der Einnahmen gehen an die Frauen, 29 Prozent an die Verkäufer. Das übrige eine Prozent unterstützt die Zanzibar Sponge Farmers Cooperative.

Allerdings sagt Vaterlaus, dass die Schwämme wirtschaftlich eigentlich wenig einbringen. Seiner Meinung nach ist das Geschäft kaum skalierbar, da der Ausbau von Brutstätten für die Aufzucht von Babyschwämmen begrenzt ist und es an Forschungsmitteln mangelt.

Laut Leonard Chauka, Molekularbiologe am Institut für Meereswissenschaften der Universität Daressalam, sind Schwämme nützlich für die Umwelt, ihre Produktion und ihr Vertrieb aber sind kostspielig. Und es braucht Geduld. „Die Schwammaufzucht dauert, man muss mindestens ein Jahr warten, bis die Schwämme eine verkaufsfähige Größe haben“, sagt Chauka.

Trotz dieser Herausforderungen plant *marinecultures.org* die Aufnahme der Schwammzucht auf Pemba, einer Nachbarinsel von Sansibar, und in Tanga an der Festlandküste Tansanias.

Rajabu sagt, mit dem Einkommen aus der Schwammzucht habe sie ein Stück Land kaufen können, auf das sie ein Haus mit drei Schlafzimmern bauen wird. „Ich habe immer davon geträumt, mein eigenes Haus zu bauen. Jetzt werden meine Kinder ein Zuhause haben“, sagt sie.



Die Schwämme werden für den Verkauf verpackt.



KIZITO MAKOYE
ist Umweltjournalist aus
Tansania.

kizmakoye@gmail.com



Die kenianischen Ogiek reichten eine Klage ein, um die Vertreibung aus dem Mau-Wald, ihrer Heimat, zugunsten geplanter Emissionsausgleichsprojekte anzufechten.

EMISSIONSHANDEL

Afrika ist auf der Jagd nach Milliarden

Afrika setzt zunehmend auf Emissionsgutschriften. Sie versprechen hohe Einnahmen und grüne Arbeitsplätze. Fraglich bleibt, wie transparent, effektiv und ethisch vertretbar der Emissionshandel in Afrika ist.

Von **Wanjohi Kabukuru**

Die 28. UN-Klimakonferenz (COP28) in Dubai war eine Enttäuschung für alle, die sich Reformen erhofft hatten – auch im Hinblick auf die beiden Hauptansätze zur Bepreisung von CO₂: Emissionshandel und CO₂-Besteuerung.

Auf der COP26 in Glasgow im Jahr 2021 wurden wichtige Meilensteine erreicht. Die Länder einigten sich darauf, den Transfer von Emissionsminderungen zu unterstützen, Anreize für den Privatsektor zu schaffen und marktunabhängige Ansätze zur Klimawandelanpassung und -minderung zu verfolgen. Mit der COP27 in Scharm el-Scheich wurde jedoch nur wenig erreicht, und auf der COP28 kamen die Dinge zum Stillstand.

Besonders frustrierend ist das für Afrika. Hoffnungen auf die COP28 waren hier groß. Zwei Monate zuvor hatten sich die Länder beim Afrikanischen Klimagipfel auf

den Vorschlag eines „globalen Steuersystems einschließlich einer CO₂-Steuer auf fossile Brennstoffe, den Schiffs- und Luftverkehr“ geeinigt. Afrika ist für nur vier Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich, leidet aber mitunter am stärksten unter den Folgen der Klimakrise.

Die globalen Märkte für Emissionsberechtigungen und -kompensationen haben in der jüngsten Vergangenheit schweren Imageschaden erlitten. Emissionsberechtigungen werden Teilnehmern (z.B. Unternehmen oder Ländern) innerhalb eines regulierten Handelssystems mit einer Obergrenze von einer Behörde erteilt. Emissionskompensationen entstehen zum Beispiel, wenn ein Unternehmen in umweltfreundliche Projekte investiert, um Emissionen zu vermeiden. Diese Kompensationen können auf freiwilligen Märkten gehandelt werden.

Trotz Kritik beliefen sich nach Angaben der Weltbank die Einnahmen aus CO₂-Steuern und dem Emissionshandel 2023 auf 95 Milliarden Dollar. Ihr kürzlich veröffentlichter Bericht „State and Trends of Carbon Pricing for 2023: International Carbon Markets“ zeigt, dass Finanzzuflüsse in die Emissionshandelsmärkte zugenommen haben.

Auch Untersuchungen der privaten Einrichtungen Trove Research und International Emissions Trading Association zeigt, dass zwischen 2020 und 2022 17 Milliarden Dollar in den Emissionshandel investiert wurden. Laut einer Studie von InsightAce Analytic, einer anderen Firma, wird der Weltmarkt für Emissionsgutschriften bis 2023 auf fast 403 Milliarden Dollar geschätzt – Geld, an dem auch Afrika interessiert ist. Es kann helfen, riesige Lücken in der Klimafinanzierung des Kontinents zu schließen.

„Studien zeigen, dass mit 20 Dollar pro Tonne naturbasierter Emissionsgutschriften jährlich 82 Milliarden Dollar erwirtschaftet werden könnten. Das ist etwa das Anderthalbfache dessen, was Afrika an Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance) erhält“, sagte Claver Gateete, Exekutivsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Afrika, am Rande der COP28. Laut Gateete führt die UN-Agentur derzeit Gespräche mit den Mitgliedstaaten, um sicherzustellen, dass die Teilnahme Afrikas am Emissionshandel auf „Zertifikaten mit hoher Integrität“ basiert, die gewährleisten, dass der Kontinent in der Lage ist, Maßnahmen zur fairen Gewinnbeteiligung, die Einführung nachhaltiger Dekarbonisierungsstrategien und Investitionen in umweltfreundliche Lösungen zu ermöglichen.

„NÄCHSTER GROSSER EXPORT“

Als erstes afrikanisches Land erhielt Gabun 2021 17 Millionen Dollar von der Central African Forest Initiative, um den Regenwald im Kongobecken zu schützen und so Emissionen zu reduzieren.

Dies löste einen Wettlauf um staatliche Programme zum Ausgleich von CO₂-Emissionen in Afrika aus. Auf der COP27 erklärte der kenianische Präsident William Ruto Emissionsgutschriften zum „nächsten großen Exportartikel“ seines Landes. Dort stellte er mit anderen afrikanischen Staatsoberhäuptern die African Carbon Markets Initiative vor, die bis 2030 jährlich sechs Milliarden Dollar erzielen, 30 Millionen grüne Arbeitsplätze in Afrika schaffen und 300 Millionen Emissionsgutschriften generieren soll.

Wenige Wochen nach der COP27 lancierte Ruto eine ehrgeizige Baumpflanzungsinitiative, in deren Zuge bis 2032 in Kenia 15 Milliarden Bäume gepflanzt und etwa 5,1 Millionen Hektar geschädigtes und ent-

waldetes Land wiederhergestellt werden sollen, um Emissionsgutschriften zu erhalten.

2023 richtete der kenianische Staatschef dann den ersten afrikanischen Klimagipfel in Nairobi aus und positionierte diesen auch als Plattform für die Entwicklung des Kontinents zu einem Handelsplatz für Emissionszertifikate. Der Gipfel endete mit Zusagen für Emissionsgutschriften im Wert von 650 Millionen Dollar im Rahmen der African Carbon Markets Initiative.

Die Zusage wurde von Konzernen aus dem Nahen Osten angeführt, insbesondere von der UAE Carbon Alliance und der Blue Carbon Company aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, die mit mehreren afrikanischen Regierungen Landverträge über mehrere Millionen Dollar zur Sicherung und Bewirtschaftung von Wäldern, Feuchtgebieten, Mooren, Sümpfen und Grasland sowie küstennahen Mangrovenwäldern unterzeichnet hatten. Die Regierungen versprechen, diese Gegenden zu erhalten und CO₂-Zertifikate zu erzeugen. Im Gegenzug

verkaufen die Konzerne die Emissionsgutschriften an Unternehmen und Regierungen, die ihre Emissionen kompensieren und so ihre Klimaversprechen erfüllen wollen.

Derzeit gibt es zwei Arten von Emissionshandel:

- Regierungen richten ein reguliertes Handelssystem mit einer Emissionsobergrenze in einem bestimmten Gebiet ein. Ein Beispiel ist das Emissionshandelssystem der EU. Unternehmen und Länder, die ihre Emissionsquoten ausgeschöpft haben, können ungenutzte Emissionsberechtigungen von anderen Unternehmen kaufen oder „Ausgleichsgutschriften“ von Ländern außerhalb des geografischen Geltungsberichts erwerben, um weiter zu emittieren.
- Der freiwillige Emissionshandel ist kaum reguliert. Unternehmen legen ihre eigenen Emissionsziele fest und kaufen Emissionsgutschriften von Anbietern, um ihre Emissionen zu decken oder auszugleichen.

In Afrika ist vor allem der freiwillige Markt verbreitet, da die Länder nur langsam

einen rechtlichen Rahmen für einen regulierten Markt schaffen. Der freiwillige Markt in Afrika ist jedoch umstritten. Er gilt als undurchsichtig, diskriminierend, unfair und ineffektiv in Bezug auf Entwicklungs- und Klimapolitik. Die Umweltministerin des Kongo, Arlette Soudan-Nonault, bezeichnete ihn als „unregulierten Wilden Westen“.

Dominiert wird der freiwillige Emissionshandel in Afrika derzeit von Kenia mit Projekten wie einer Mangrovenwiederherstellungsinitiative und den Kompensationsprojekten des Northern Rangelands Trust, so Kenias Sonderbeauftragter für den Klimawandel, Ali Mohamed. Ähnliche Projekte gibt es in Côte d’Ivoire, der Demokratischen Republik Kongo, Gabun, Gambia, Ghana, Madagaskar, Mosambik, Senegal, Uganda, Sambia und Simbabwe.

Sieben Wochen nach dem Gipfeltreffen in Nairobi 2023 begann die kenianische Regierung mit der Vertreibung der Ogiek-Gemeinde aus ihren Häusern im Mau-Waldgebiet und machte sie für die Abholzung

Italiens Rizinusölpläne für Afrika

Rizinusölplantagen sind der neueste vermeintlich grüne Trend, der in Afrika als klimafreundliche Alternative zu fossilen Brennstoffen angepriesen wird. Rizinusöl gilt als Rohstoff für Biokraftstoffe. Vielerorts entstehen neue Plantagen auf dem Kontinent.

Eine Vorreiterrolle dieser „grünen Lösung“ nimmt der italienische Erdölkonzern Eni ein. In Kenia, Angola, Mosambik und der Côte d’Ivoire baut er Rizinusölplantagen und -extraktionsmühlen.

Angesichts des zunehmenden Drucks, Emissionen zu reduzieren und bis 2050 keine Emissionen mehr ausstoßen, versuchen große Ölgesellschaften, ihre Produkte zu diversifizieren und umweltfreundlichere Alternativen zu nutzen. Laut

Wissenschaftler*innen der kenianischen Jomo Kenyatta University of Agriculture and Technology, die mit Eni zusammenarbeiten, ist die Rizinuspflanze eine „pflegeleichte, dürreresistente Kulturpflanze mit geringen Umweltauswirkungen“. Sie reduziere den CO₂-Ausstoß erheblich. Ignoriert wird indessen offenbar die Tatsache, dass Rizinussamen auch die Substanz Rizin produzieren, die für Wildtiere, Vieh und Menschen giftig ist.

Der Ruf nach Rizinusölplantagen erinnert an die Jatropha-Biodieselanlagen, die vor einem Jahrzehnt nicht die erwarteten Ergebnisse brachten. Der italienische multinationale Energiekonzern möchte mit 700 Millionen Euro bis 2026 unter anderem zwei Biokraftstoffextraktions-

anlagen in Kenia bauen und so in grüne Energie in Afrika investieren. Eine Biokraftstoffstrategie ist auch Teil des fünf Milliarden Euro schweren „Mattei-Plans“ für Afrika, der von der italienischen Premierministerin Georgia Meloni vorangetrieben wird und Italien zum „Energiezentrum“

zwischen Europa und Afrika machen soll.

Der Mattei-Plan – benannt nach dem Gründer von Eni, Enrico Mattei – stützt sich auf fünf Hauptpfeiler: Bildung und Ausbildung, Landwirtschaft, Gesundheit, Wasser und Energie. Letzterer ist der wichtigste für Italien. WK



Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni begrüßt den kenianischen Präsidenten William Ruto auf der Italien-Afrika-Konferenz im Januar.

von mehr als 2500 Hektar Wald verantwortlich. Die Regierung plant, den Wald einzuzäunen und 4,3 Millionen Bäume zu pflanzen. Zwei Wochen nach dem Beginn wurden die Zwangsräumungen jedoch gerichtlich vorläufig gestoppt.

SCHWERWIEGENDE MÄNGEL

Nicht nur in Kenia wird Afrikas Geschäft mit Emissionszertifikaten, die als naturbasierte Lösungen angepriesen werden, von klimapolitischen Thinktanks, Wissenschaft und Zivilgesellschaft kritisiert. Sie bemängeln bei verschiedenen Projekten auf dem Kontinent fehlende Transparenz, eine ungerechte Verteilung der Einnahmen, Greenwashing und die Enteignung indigener und lokaler Gemeinschaften.

2023 veröffentlichte die Menschenrechtsgruppe Survival International einen Bericht, der schwerwiegende Mängel im Northern Rangelands Grassland Carbon Project, einer der vielen kenianischen Initiativen, aufdeckte, darunter das Fehlen einer vorherigen Zustimmung und finanzieller

Integrität, eine undurchsichtige Aufteilung des Gewinns, mangelnde wissenschaftliche Genauigkeit und Bedenken hinsichtlich der Verwaltung.

Das Oakland Institute, ein unabhängiger politischer Thinktank mit Sitz in den USA, hat in seinem Bericht 2023 gewarnt, dass Afrika mit „verheerenden sozialen und ökologischen Auswirkungen“ konfrontiert ist, auch durch „Korruption und Betrug im freiwilligen Emissionshandel“.

Laut Anuradha Mittal, Geschäftsführerin des Oakland Institute, seien Kenia und andere Länder blind für das Versagen des freiwilligen Emissionshandels. Er würde den Ausstoß nicht reduzieren. „Interessenkonflikte, Betrug und Spekulationen belasten den Handel, während Kompensationsprogramme und Baumplantagen zunehmend zur Enteignung von Gemeindeland führen, um Gewinne für Investor*innen zu erzielen“, sagte sie. „Die Ausweitung des Emissionshandels kommt Afrika nicht zugute, sondern verstetigt die Ressourcenausbeutung, Treibhausgasbelastung und das Machtungleichgewicht.“

Ein Zusammenschluss von Zivilgesellschaften unter der Leitung von Power Shift Africa und Climate Action Network International schrieb ebenfalls in einem vernichtenden Bericht: „Der Emissionshandel kommt den Verschmutzer*innen, den Unternehmen für fossile Brennstoffe und den Makler*innen zugute. Sie treiben die Verschmutzung über die Klimagrenzen hinaus und sind ein neokoloniales Hindernis für echte afrikanische Entwicklungswege.“

Eine andere Richtung ist gefragt, wenn Afrikas Teilnahme am Emissionshandel dem Kontinent, seinen Menschen und seiner Natur wirklich zugutekommen soll. Gerechte Kostenteilung, Transparenz, die Achtung indigener Landrechte und nachhaltige Projekte ohne Greenwashing müssen im Mittelpunkt stehen.



WANJOHI KABUKURU
ist ein kenianischer Journalist,
der sich auf Umweltthemen
spezialisiert hat.
wkabukuru@gmail.com

<https://twitter.com/wanjohik>



**Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter

www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hin.



Solarmodule auf dem St. Dominic Catholic Hospital in Akwatia im Süden Ghanas.

ERNEUERBARE ENERGIEEN

Solarstrom für bessere Gesundheit

In den ländlichen Regionen Ghanas sind viele Gesundheitseinrichtungen entweder nicht an das Stromnetz angeschlossen oder haben mit Stromausfällen zu kämpfen. Photovoltaik-Solaranlagen sind eine klimafreundliche Möglichkeit, sie mit Energie zu versorgen. Ein deutsch-ghanaisches Forschungsprojekt hat sowohl technische als auch sozio-ökonomische Aspekte untersucht.

Von Jonas Bauhof

Hybride Photovoltaik(PV)-Solaranlagen erzeugen Strom aus Sonnenenergie und verfügen über einen Dieselgenerator, um Ausfälle zu kompensieren. Sie sind entweder an das Stromnetz angeschlossen oder funktionieren autonom. Während der Covid-19-Pandemie erwiesen sie sich als eine gute Möglichkeit, um Einrichtungen, die nicht an das Stromnetz angeschlossen sind, kurzfristig zu elektrifizieren – etwa um die nötige Kühlung für Impfstoffe zu gewährleisten. Eine adäquate Gesundheitsversorgung benötigt Strom unter anderem für medizinische Geräte und Licht.

Zu den Vorteilen von Solarenergie zählen auch Klima-Aspekte. Beispielsweise können PV-Solaranlagen Gesundheitsversorger gegenüber den Auswirkungen der Klimakrise wappnen, etwa gegen Extremwetterereignisse, die die konventionelle Stromversorgung beeinträchtigen können. Als Ersatz für Dieselgeneratoren helfen die Solaranlagen auch dabei, klimaschädliche Emissionen zu reduzieren und die Umwelt sauber zu halten.

In den Ländern Subsahara-Afrikas werden immer mehr (hybride) PV-Solaranlagen installiert. Das gilt auch für Ghana, wo das Interesse an neuen Formen erneuerbarer Energien bereits in den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren wuchs – unter dem Eindruck schwerer Dürren und Krisen in der Energieversorgung (Pedersen 2022). Erste Solaranlagen wurden mittels bi- oder multilateraler Geberstrukturen gefördert und in religiösen Missionsstationen errichtet.

In den darauffolgenden Jahrzehnten genoss die Solarenergie in Ghana allerdings keine Priorität, unter anderem, weil Öl und Gas in dem Land gefunden wurden. Laut

Daten der International Energy Agency (IEA) machte Solarenergie 2021 weniger als ein Prozent des ghanaischen Energiemixes aus, der sich vor allem aus Erdgas (62,6 Prozent) und Wasserkraft (34,1 Prozent) zusammensetzt.

Von 2019 bis 2023 untersuchte das deutsch-ghanaische interdisziplinäre Forschungsprojekt EnerSHelF (Energy-Self-Sufficiency for Health Facilities in Ghana) sowohl technische als auch sozio-ökonomische Aspekte, um die Verbreitung von Photovoltaik in ghanaischen Gesundheitseinrichtungen zu fördern. Die Ergebnisse zeigen, dass es wichtig ist, sowohl Details des Strombedarfs und technische Herausforderungen zu verstehen als auch Hindernisse für Gesundheitseinrichtungen, offizielle Stellen und öffentliche Akteure. EnerSHelF wurde finanziert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

SOZIO-ÖKONOMISCHE ASPEKTE

In Ghana sind zwar die meisten Gesundheitseinrichtungen an das Stromnetz angeschlossen, allerdings ist die Stromversorgung unzuverlässig. Das gefährdet nicht nur Patient*innen – etwa, wenn überlebensnotwendige Maschinen ausfallen –, sondern kann auch finanzielle Konsequenzen für die Einrichtungen haben, wenn Stromausfälle medizinisches Equipment beschädigen. Gespräche mit Gesundheitseinrichtungen und andere von EnerSHelF gesammelte Daten deuten darauf hin, dass autonome PV-Solaranlagen die Zuverlässigkeit der Stromversorgung erhöhen können, wenn sie mit der Netzversorgung kombiniert werden.

Ogleich PV-Solaranlagen günstiger geworden sind, zählen die Kosten – und auch fehlende Beratung – zu den wichtigsten Gründen, weshalb Gesundheitseinrichtungen davor zurückschrecken, sie zu installieren. Hybride Systeme sind besonders teuer, weil sie aus verschiedenen Komponenten bestehen, etwa Solarmodulen, Batterien, Netzanschluss und Dieselgenerator.

Um Kosten zu senken, kann es ratsam sein, mit öffentlichen Initiativen zur Installation sogenannter Mini-Grids zusammenzuarbeiten. Das reduziert die Kosten für die Beschaffung des Systems und die Entwicklung der technischen Kapazitäten für den Betrieb. Ein Mini-Grid funktioniert als autonomes System, das nicht an das Hauptstromnetz angeschlossen ist. Es kann von

einer oder mehreren Energiequellen versorgt werden.

TECHNISCHE HERAUSFORDERUNGEN

In Gesundheitseinrichtungen wird sehr empfindliches technisches Gerät verwendet. Deshalb sind bei der Planung von PV-Solaranlagen die sogenannten Lastspitzen zu berücksichtigen, der höchste Energieverbrauch an einem Tag. Werden sie nicht abgedeckt, kann dies Geräte beschädigen und die Gesundheitsversorgung beeinträchtigen. Von EnerSheLF in Ghana gesammelte Daten deuten darauf hin, dass die Höchstlast fast doppelt so hoch sein kann wie vom nationalen Netzbetreiber angegeben. Es kann auch sinnvoll sein, die Grundlast der umliegenden Kommune in die Planung einzubeziehen, um die Kapazität einer PV-Anlage voll auszuschöpfen.

Andere technische Aspekte beinhalten Vorhersagen der Sonneneinstrahlung und

klimatische Bedingungen. Das EnerSheLF-Team hat hierzu verschiedene Analysen angestellt, um Interessierte beraten zu können. Es hat auch eine Online-Karte entwickelt, die Anwender*innen und Behörden nutzen können, um sich über die Optimierung von Solar-Mini-Grids in schlecht mit Strom versorgten Gegenden Ghanas zu informieren.

Zudem entwickelte einer der Projektpartner ein Planungs-Tool für die Dimensionierung von PV-Solaranlagen. Es ist öffentlich zugänglich und setzt kein Fachwissen voraus.

Um PV-Solarenergie in Ghana voranzubringen, braucht es letztlich den nötigen politischen Willen. Wenn sie gut geplant ist, kann sie bei der Versorgung von Gesundheitseinrichtungen mit sicherer und günstiger Elektrizität eine zentrale Rolle spielen. Das kann einen positiven Effekt auf die Qualität und die Abdeckung der Gesundheitsdienste in Ghana haben – sowohl in ländlichen als auch in urbanen Gegenden.

LITERATUR

EnerSheLF: <https://www.h-brs.de/de/enershef>

EnerSheLF Online-Karte für Ghana:

<https://enershef.rl-institut.de>

Open-Source-Tool für hybride PV-Diesel-

Systeme: <https://github.com/pdb-94/miguel>

Pedersen, R. H., 2022: Towards a policital

economy of renewable energy in Ghana:

a review. Accra, Merian Institute for Advanced

Studies in Africa.

[https://www.ug.edu.gh/mias-africa/sites/](https://www.ug.edu.gh/mias-africa/sites/mias-africa/files/images/MIASA%20)

[mias-africa/files/images/MIASA%20](https://www.ug.edu.gh/mias-africa/sites/mias-africa/files/images/MIASA%20)

[WP_2022%284%29%20Pedersen.pdf](https://www.ug.edu.gh/mias-africa/sites/mias-africa/files/images/MIASA%20)



JONAS BAUHOF

arbeitete als

wissenschaftlicher Mitarbeiter

an der Hochschule Bonn-

Rhein-Sieg (H-BRS) und als

Projektassistenz bei der European Association

of Development Research and Training

Institutes (EADI) für das EnerSheLF-Projekt.

jonas.bauhof@gmx.de

Herausforderungen auf dem Land

Seit der Einführung von Solarmodulen auf dem kommerziellen Markt sind die Kosten erheblich gesunken. Autonome Solaranlagen gelten weit hin als eine recht günstige und schnelle Lösung für die Stromversorgung ländlicher Gesundheitseinrichtungen in Entwicklungsländern, da die erforderlichen Investitionen im Vergleich zu einem Anschluss an das Stromnetz gering sind.

Solare Photovoltaik(PV)-Anlagen haben große Vorteile (siehe Haupttext), bringen aber auch Schwierigkeiten mit sich, vor allem in ländlichen Gegenden ohne Netzanschluss. Falls sie permanent Elektrizität liefern müssen, benötigen sie Speichermöglichkeiten, um Zeiträume ohne Sonnenlicht oder mit schlechtem Wetter zu überbrücken. Da Speicher recht teuer sind, bleibt die Kapazität

oft begrenzt, und es kommen Dieselgeneratoren zum Einsatz.

Um die Lebensdauer der Speicher zu verlängern, müssen sie kühl gelagert werden, was häufig eine Klimaanlage erfordert. Die Installation von PV-Anlagen in entlegenen Gebieten kann aufgrund der Transportkosten besonders teuer sein.

Zu den Programmen, die die Gesundheitsversorgung in Entwicklungsländern mit solaren PV-Anlagen verbessern möchten, zählt „Solar for Health“, eine Initiative, hinter der seit 2017 das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP – United Nations Development Programme) steht. Laut UNDP hat die Initiative bereits etwa 1000 Gesundheitszentren und Lager in 15 Ländern unterstützt, etwa mit Equipment, Technologietransfer, Hilfe bei Installation

und Wartung sowie der Entwicklung innovativer Finanzierungsmechanismen.

Eine angemessene Gesundheitsversorgung ist auf Elektrizität angewiesen, um Impfstoffe zu lagern, Instrumente zu desinfizieren, medizinische Geräte zu betreiben und nachts Licht zu haben – das hat nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie verdeutlicht. Als Reaktion darauf gewährt die Weltbank Zuschüsse an Länder mit besonders schlechter Stromversorgung – viele davon in Subsahara-Afrika – im Rahmen ihres Energy Sector Management Assistance Program. Gefördert wird unter anderem die Elektrifizierung von Gesundheitseinrichtungen mit Hilfe von Solaranlagen und Batteriespeichern.

Während der Weltklimakonferenz COP27 in Scharm el-Scheich im Jahr 2022 gaben die International Renewable Energy Agency (IRENA) und die Weltbank Zusagen in Höhe von

1,1 Milliarden Dollar für Investitionen in die Elektrifizierung von Gesundheitseinrichtungen, Lebensmittellagerung und Landwirtschaft. Die Weltbank hat das Ziel, bis 2030 insgesamt 100 000 Gesundheitseinrichtungen mit Solarstrom zu erreichen. JB

LITERATUR

Moner-Girona, M., et al., 2021:

Achieving universal electrification of rural healthcare facilities in sub-Saharan Africa with decentralized renewable energy technologies. Joule, Vol. 5, Issue 10.

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2542435121004384>

UNDP Solar for Health:

<https://www.undp.org/energy/our-flagship-initiatives/solar-for-health>

Weltbank, 2022: Powering health facilities in the aftermath of the pandemic.

<https://blogs.worldbank.org/energy/powering-health-facilities-aftermath-pandemic>



Protest gegen den Abbau von Subventionen fossiler Treibstoffe in Quito, Ecuador, im Oktober 2019.

JUST TRANSITION

Gerechte ökologische Wende

Der Übergang zu einer globalen CO₂-neutralen Wirtschaft gelingt nur, wenn er sozial verträglich erfolgt. Allerdings bleibt oft unklar, was genau damit gemeint ist. Entscheidend sind alternative Arbeitsplätze, soziale Sicherung und regionale Strukturpolitik.

Von Georg Schäfer

Unbestreitbar muss die Weltwirtschaft eine ökologische Wende vollziehen. Die voranschreitende Erderwärmung und die angestrebte Begrenzung auf möglichst nicht mehr als 1,5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit machen es notwendig, CO₂-Emissionen zu mindern. Dass diese Dekarbonisierung auch sozial gerecht gestaltet werden muss, fordern nicht nur Gewerkschaften seit Jahren. Das Schlagwort lautet „Just Transition“ – ein gerechter Übergang also.

Tatsächlich ist das Streben nach Klimaneutralität und dem Erhalt der Biodiversität keineswegs per se sozial verträglich und partizipativ. Beispielsweise gehen dadurch Arbeitsplätze in CO₂-intensiven Branchen verloren. Betroffene dürfen aber durch die ökologische Wende nicht schlechtergestellt werden, sondern müssen profitieren. Andernfalls drohen soziale Widerstände den ökologischen Umbau auszubremsen.

Als der Internationale Gewerkschaftsbund (International Trade Union Confederation – ITUC) 2010 die Forderung nach einer Just Transition erhob, ging es vor allem darum, menschenwürdige Beschäftigung im Zuge des ökologischen Wandels zu sichern und auszuweiten. Arbeitsplätze, die etwa im Kohlesektor verloren gehen, sollten durch Arbeitsplätze im Bereich der regenerativen Energien oder in anderen Sektoren ersetzt werden. Die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) sprach sich ebenfalls für eine Just Transition aus und definierte 2015 dafür Leitlinien. Im Zentrum stehen menschenwürdige Arbeit für alle, soziale Inklusion und die Beseitigung der Armut.

Das Prinzip der Just Transition findet sich auch in der Präambel des Pariser Klimaabkommens von 2015 und wurde bei darauffolgenden Klimakonferenzen bekräftigt. Betont wird, dass:

- Regionen, die bisher von fossilen Energieträgern abhängig waren, in besonderem Maße betroffen sind,
- der ökologische Wandel nur in einem breiten sozialen Dialog gelingen kann und
- ärmere Länder von außen unterstützt werden müssen.

INTERNATIONALE KOOPERATIONEN

Seit der Klimakonferenz in Glasgow 2021 schlossen Industrieländer und Länder mit niedrigeren Einkommen verschiedene Energiepartnerschaften miteinander (siehe Kasten). Kontroverse Diskussionen gibt es derzeit etwa zu der Frage, ob Erdöl und Erdgas als Übergangstechnologien notwendig und vertretbar sind.

Auch bezüglich der sozialen Herausforderungen besteht in der internationalen Debatte kein gemeinsames Verständnis. Die ILO-Leitlinien sind sehr breit gefasst, sodass sich verschiedene Akteure die Schwerpunkte je nach Gusto aussuchen können. In der Praxis zeigt sich, dass es bei Übergangsprozessen aber insbesondere um drei Aspekte geht:

1. Alternative Arbeitsplätze: Der Ausbau regenerativer Energien schafft Arbeitsplätze, allerdings ist es mit einer bloßen Umschulung der Beschäftigten in fossilen Sektoren nicht getan. Neue Arbeitsplätze entstehen nicht notwendigerweise dort, wo Kohle abgebaut wurde, sondern je nach Solar- und Windenergiepotenzial eines Landes unter Umständen weit entfernt. In diesem Fall gilt es, vor Ort qualitativ ansprechende Arbeitsplätze auch außerhalb des Energiesektors zu schaffen.

2. Soziale Sicherung: Ökologische Reformen können zu Preissteigerungen führen. Regierungen sollten dann Maßnahmen der sozialen Sicherung ergreifen, um bei den Bürger*innen die Akzeptanz zu erhöhen. Werden fossile Treibstoffe weniger subventioniert oder stärker besteuert, kann dies

zu Protesten führen. Beispielsweise musste die Regierung Ecuadors die Streichung von Treibstoffsubventionen im Oktober 2019 nach massiven Protesten zurücknehmen. Diese Entscheidung war nicht mit sozialen Maßnahmen abgedeckt worden. Zielgenaue Maßnahmen der sozialen Sicherung – etwa Direktzahlungen (Cash Transfers) für bedürftige Haushalte – sind in der Regel effektiver und kostengünstiger als Preissubventionen, von denen unnötigerweise auch reiche Haushalte profitieren.

3. Regionale Strukturpolitik: Der Ausstieg aus fossilen Energieträgern führt dazu, dass Regionen weltweit ihren bisherigen industriellen Kern verlieren. Um eine Abwärtsspirale zu verhindern, sind erhebliche Investitionen in regionalen Strukturwandel

nötig. Dies umfasst die Renaturierung der Abbaufelder fossiler Energieträger (etwa Kohleminen), den Ausbau der Infrastruktur, die Förderung von Bildung und Forschung und die Ansiedlung neuer Branchen.

Just Transition ist mehr als nur ein Synonym für nachhaltige Entwicklung. Wenn der Übergang zu einer klima- und umweltfreundlicheren Welt tatsächlich gerecht gestaltet werden soll, ist es nötig, die drei genannten Punkte besonders zu berücksichtigen – und dafür ausreichend Mittel bereitzustellen.

LINKS

GIZ 2021: Just Transition to a green economy – employment, economic, and social consequences of the transition to

an ecologically sustainable economy in developing countries.

<https://www.iisd.org/publications/report/just-transition-green-economy>

IISD 2022: Just Energy Transition Partnerships: An opportunity to leapfrog from coal to clean energy.

<https://www.iisd.org/articles/insight/just-energy-transition-partnerships>



GEORG SCHÄFER

ist Experte für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Beschäftigungsförderung und Armutsbekämpfung. Er war

lange in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit tätig.
geo.schaefer@t-online.de

Kooperationen für Just Transition

Mehrere internationale Konferenzen, allen voran die Klimagipfel, beschäftigten sich in den vergangenen Jahren damit, wie die Menschheit weniger CO₂ ausstoßen kann. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern zugunsten erneuerbarer Energien.

Insbesondere kohlefördernde Länder mit niedrigen Einkommensniveaus verfügen oft nicht über die entsprechenden Haushaltsmittel, um eine ökologische Wende finanzieren zu können. Deshalb sind sie auf die Unterstützung reicherer Länder angewiesen. Um diesen Übergang im Sinne einer Just Transition gerecht zu gestalten (siehe Haupttext), gingen verschiedene Länder miteinander Energiepartnerschaften ein.

Die erste dieser sogenannten Just Energy Transition Partnerships (JETP) wurde im Rahmen der Klimakonferenz in Glasgow 2021 geschlossen – zwischen Südafrika und einer internationalen Partnergruppe

bestehend aus den USA, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland und der EU. Die Gruppe erklärte sich bereit, Südafrika 8,5 Milliarden Dollar für den Kohleausstieg bereitzustellen.

Laut einem Plan Südafrikas aus dem Jahr 2022 beträgt der Finanzbedarf für eine gerechte Energiewende in dem Land allerdings 98 Milliarden Dollar über die nächsten fünf Jahre, also mehr als zehnmal so viel. In demselben Dokument werden die möglichen Bedingungen des externen Pakets wie folgt angegeben: 63% vergünstigte Darlehen, 18% kommerzielle Darlehen, 15% Darlehensgarantien und 4% Zuschüsse.

Während des EU-Afrika-Gipfels in Brüssel Anfang 2022 kündigte die EU dann an, afrikanische Länder bei einer gerechten Energiewende zu unterstützen, inklusive JETP-Projekte in Ägypten, Côte d'Ivoire, Kenia, Marokko und Senegal. Mitte 2022, beim G7-Gipfel in Elmau unter deut-

scher Präsidentschaft, wurden weitere JETPs vereinbart, diesmal mit Indien, Indonesien, Senegal und Vietnam. Die dazu gebildete Internationale Partnergruppe (International Partners Group – IPG) umfasst neben den G7 einschließlich EU auch Dänemark und Norwegen.

Ende 2022 stellten die internationalen Partner 20 Milliarden Dollar für die Partnerschaft mit Indonesien in Aussicht, jeweils zur Hälfte öffentliche und private Mittel. Für die Partnerschaft mit Vietnam wurden 15,5 Milliarden Dollar und für Senegal 2,5 Milliarden Euro angekündigt. Bei der Klimakonferenz in Dubai 2023 berichteten Indonesien, Senegal, Südafrika und Vietnam über die Fortschritte bei den Partnerschaften.

Im Fokus solcher Energiepartnerschaften stehen:

- der Ausstieg aus fossilen Energieträgern (Kohle, Erdöl, Erdgas) durch den Ausbau regenerativer Energien (Solar, Wind, Hydroenergie, Biomasse),
- die Förderung von Energieeffizienz und
- der Einsatz von Umwandlungs- und Speichertechnologi-

en, insbesondere von grünem Wasserstoff.

Allerdings ist das Konzept noch nicht klar genug mit Just Transition verknüpft. Teils wird „just“ nur als schmückendes Beiwort genutzt, während es tatsächlich vor allem um technologische und wirtschaftliche Herausforderungen geht.

Offen ist, ob es sich bei JETP-Mitteln um Gelder handelt, die im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) und der internationalen Klimafinanzierung ohnehin geplant sind – oder um zusätzliche Mittel. Welcher Anteil dieser Mittel zielgerichtet in das „just“ fließt, ist ebenfalls noch nicht zu erkennen.

Deutschland selbst will spätestens 2038 aus der Kohle aussteigen, idealerweise bis 2030. Für die staatliche Unterstützung des Strukturwandels in Braunkohleregionen und an den Standorten von Steinkohlekraftwerken sind 40 Milliarden Euro eingeplant. Die Gesamtkosten für den Kohleausstieg könnten laut Expert*innen doppelt so hoch liegen. GS

KLIMAPROZESSE

Klagen für Klimagerechtigkeit

Zunehmend verklagen Aktivist*innen – darunter auch Kinder und Jugendliche – Staaten, weil sie zu wenig gegen die Klimakrise tun. Teilweise haben sie Erfolg.

Von Roli Mahajan

Rechtsstreite gewinnen als Instrument für den Klimaschutz an Bedeutung. Nach Angaben des UN-Umweltprogramms (UN Environment Programme – UNEP) wurden bis Dezember 2022 insgesamt 2180 klimabezogene Klagen eingereicht. 2017 waren es 884 Klagen. Obwohl die meisten davon in den USA eingereicht wurden, nimmt die Zahl weltweit zu. Klagen im globalen Süden machen 5,2 Prozent der Gesamtzahl aus, internationale und regionale Fälle 5,8 Prozent (UNEP 2023).

Dieser Text befasst sich mit Klagen gegen Staaten in verschiedenen Ländern. Daneben werden aber auch Unternehmen wegen klimaschädigenden Verhaltens verklagt.

1. Junge Kläger*innen fordern europäische Regierungen heraus: Es war eine der prominentesten Gerichtsverhandlungen des vergangenen Jahres: Sechs portugiesische Kläger*innen im Alter von 11 bis 24 Jahren klagten vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen die Untätigkeit 33 europäischer Regierungen in der Klimakrise. Den Kläger*innen zufolge fordern sie ihr Recht auf Leben und Familienleben ein, garantiert durch Artikel 2 und 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Der Fall ist noch anhängig. Er ist einer der weltweit größten, bei dem die Kläger*innen argumentieren, dass Extremwetter, steigende Temperaturen und gestörte Ökosysteme ihre Sicherheit und Existenz bedrohen. Unzureichende Klimamaßnahmen gefährdeten ihre Zukunft und ihr Recht auf Leben. Die ungewissen Aussichten, ausgelöst durch die Erderhitzung, verletzten auch ihr Recht auf ein stabiles und vorhersehbares Familienleben.

Der Fall hat eine öffentliche Debatte über Generationengerechtigkeit und die Dringlichkeit von Klimaschutz ausgelöst.

Sollten die Kläger*innen Recht bekommen, müssten europäische Regierungen wohl strengere Maßnahmen zur Emissionsreduzierung ergreifen und in sauberere Infrastruktur investieren. Dies könnte sich weltweit auswirken, ähnliche Klagen anregen und die Verbindung zwischen Klimaschutz und Menschenrechten stärken.

2. Klage gegen die Bundesregierung: In Deutschland haben junge Klimaaktivist*innen erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Klimaschutzmaßnahmen der Regierung geklagt. Das Gericht sorgte im Jahr 2021 für Schlagzeilen, als es urteilte, dass Teile des deutschen Klimaschutzgesetzes unvereinbar mit Grundrechten seien. Die Richter*innen argumentierten, das Gesetz schütze künftige Generationen nicht vor den Folgen der Erderhitzung und teile das CO₂-Budget nicht gerecht zwischen heutigen und künftigen Generationen auf. Die deutsche Regierung war dadurch gezwungen, das Bundes-Klimaschutzgesetz zu verschärfen.

Im Jahr 2022 zogen die Kläger*innen dann vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Sie argumentieren, die deutsche Klimapolitik sei weiterhin unzureichend.

3. Norwegisches Öl bleibt im Boden: Eine weitere erfolgreiche Klimaklage gab es in Norwegen, wo viel Erdöl gefördert wird. Im Januar erklärte das Bezirksgericht Oslo drei von der norwegischen Regierung erteilte Genehmigungen für neue Offshore-Öl- und Gasfelder für ungültig. Das Gericht beurteilte die Umweltverträglichkeitsprüfungen als unzureichend. Geklagt hatten Greenpeace und die NGO Natur og Ungdom. In den Lagerstätten befinden sich insgesamt 875 Millionen Barrel Rohöl-Äquivalente.

Das Gericht betonte die Notwendigkeit, künftige Emissionen während des Genehmigungsverfahrens zu berücksichtigen – im Sinne von demokratischer Teilhabe und Transparenz. Laut dem norwegischen Energieminister Terje Aasland ist die Regierung mit dem Urteil nicht einverstanden und erwägt, in Berufung zu gehen.

4. Gericht entscheidet zugunsten von Aktivist*innen in Montana: Im US-Bundesstaat Montana klagten 16 junge Aktivist*innen 2020 gegen selbigen, um ihr Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt einzufordern. Im August 2023



Sechs junge Kläger*innen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, wo sie von europäischen Staaten mehr Klimaschutz einfordern.

entschied ein State Court zugunsten der Kläger*innen: Die Kinder und Jugendlichen hätten gezeigt, dass sie unverhältnismäßig stark von der Verschmutzung durch fossile Brennstoffe und von Klimafolgen betroffen sind.

Der Fall bezog sich auf eine Klausel im Montana Environmental Policy Act, die es Behörden untersagt, neue Energieprojekte auch hinsichtlich ihrer Klimawirkung zu bewerten. Die Kläger wiesen auf die negativen Folgen der Gewinnung fossiler Energieträger hin – sowohl für Ökosysteme in Montana als auch für ihre eigene Zukunft.

Es war das erste Mal, dass ein US-Gericht die Regierung für einen Verfassungsverstoß im Hinblick auf den Klimawandel verurteilte. Das Urteil verpflichtet Montana, Klimafolgen zu berücksichtigen, bevor neue Projekte mit fossilen Energieträgern genehmigt werden. Der Bundesstaat ficht die Entscheidung vor dem Montana Supreme Court an. Der Supreme Court entschied im Januar zunächst, das Urteil des State Court nicht auszusetzen. Regierungsbeamte bezweifeln die Umsetzbarkeit des Urteils.

5. Kenianier*innen wollen Regierung zur Rechenschaft ziehen: Ein weiterer rich-

tungsweisender Rechtsstreit, einer der ersten seiner Art in Afrika, wird in Kenia von 66 Einheimischen und der Interessensgruppe Kituo Cha Sheria geführt. Sie fordern – auch im Namen weiterer Betroffener – eine Entschädigung von der Regierung, die es versäumt habe, auf die Klimakrise angemessen zu reagieren. Der Environment and Lands Court in Kabarnet berät darüber, ob die Regierung verantwortlich gemacht werden kann für die klimabedingte Vertreibung von Bewohner*innen des Rift Valley und Schäden an deren Besitz.

Die Bewohner*innen wurden 2020 vertrieben, als der Rekordpegel des Baringo-Sees, eines der größten Süßwasserseen des Landes, zu Überflutungen führte. Sie argumentieren, dadurch habe sich für sie das Risiko erhöht, an durch Wasser übertragbaren Krankheiten wie Malaria, Cholera und Typhus zu erkranken sowie von Krokodilen und Flusspferden angegriffen zu werden.

Die Kläger*innen führen an, dass der Anstieg verursacht worden sei durch intensive Regenfälle und starke Zuflüsse aus Flüssen als Folge des Klimawandels. Diese Sicht wird gestützt durch die Ergebnisse einer Untersuchung einer Taskforce der Re-

gierung. Auch diese sah den Grund für das Hochwasser im Klimawandel. Nach Ansicht der Kläger*innen hat die Regierung es entweder versäumt oder sich geweigert, wichtige Anpassungsstrategien umzusetzen, etwa Frühwarnsysteme für Überschwemmungen.

Mit dem Urteil des Gerichts wird über die Haftung der Regierung für klimabedingte Schäden entschieden. Noch wichtiger ist, dass es sich auch mit der Entschädigung von Personen befassen wird, die unter Umweltkatastrophen leiden. Der Prozess dürfte in Afrika einen rechtlichen Präzedenzfall schaffen in Bezug auf die sich überschneidenden Themen Klimawandel, staatliche Verantwortung und Entschädigungen.

LINK

UNEP, 2023: Global climate litigation report.
<https://www.unep.org/resources/report/global-climate-litigation-report-2023-status-review>



ROLI MAHAJAN
 ist freiberufliche Journalistin
 in Lucknow, Nordindien.

roli.mahajan@gmail.com

Vanuatus Fragen an den IGH

Weltweit ziehen immer mehr Bürger*innen wegen Klimafragen erfolgreich vor Gericht (siehe Haupttext). Allerdings können dies auch Staaten tun. Als Teil einer Initiative legte der pazifische Inselstaat Vanuatu im März 2023 der UN-Generalversammlung eine Resolution vor, mit der Forderung nach einer Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs (IGH), des höchsten Rechtsorgans der UN.

Ziel ist es, die Meinung des IGH einzuholen über:

- die rechtlichen Verpflichtungen von Staaten in Bezug auf den Klimawandel und
- die rechtlichen Konsequenzen für Staaten, die Kli-

ma und Umwelt erheblichen Schaden zugefügt haben, im Hinblick auf andere Staaten – vor allem kleine Inselentwicklungsländer (Small Island Developing States – SIDS) – sowie auf Völker und Einzelpersonen



Alatoi Ishmael Kalsakau, Premierminister von Vanuatu, vor der UN-Generalversammlung im März 2023.

heutiger und künftiger Generationen.

Die UN-Vollversammlung nahm die Resolution an und reichte die Fragen offiziell beim IGH ein, der voraussichtlich 2025 Stellung beziehen wird. Die Antwort ist nicht bindend, hat aber großes Gewicht in der Debatte um Emissionsminderung auf nationaler Ebene

und Klimafinanzierung für ärmere Länder. Sie könnte den bestehenden internationalen Rechtsrahmen stärken und Staaten bei der Ausarbeitung wirksamerer nationaler Klimaschutzpläne leiten.

Vanuatu gehört zu den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Ländern. Es ist existenziell bedroht vom steigenden Meeresspiegel, von Extremwetterereignissen und der Versauerung der Meere. Gemeinsam mit anderen SIDS setzt sich Vanuatu seit Langem dafür ein, die globale Temperaturerhöhung auf weniger als 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, um seine Bevölkerung zu schützen. RM

LINK

<https://www.vanuatuicj.com/>

In einer Ausstellung in Köln erzählen Indigene Australiens von ihrer kulturellen Vielfalt, Geschichte und Identität. **Seite 11**



Foto: Rautenstrauch-Joest-Museum